Nr. 67. Halle (Saale), Dienstag, den 20. März 1917. 28. Jahrg.

Das Volksblatt erscheint jeden Werktag nachmittag. Der monatliche Bezugspreis beträgt 60 Pf. frei ins Haus. Durch die Post 70 Pf. oder vierteljährlich Mk. 2,10 ohne Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (wöchentlich erscheinende Unterhaltungs-Beilage) kostet monatlich 10 Pfg.

Schriftleitung: Harz 49/44. Fernsprech. 1045. Sprechstunde: werktags von 12—1 Uhr mittags.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Die Anzeigengebühr beträgt für die 46 mm breite Kolonelzeile od. deren Raum 30 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 Pf., Anzeigen unter Text (92 mm breite Kolonelzeile) 75 Pf.

Anzeigen für die nächste Ausgabe sind bis morgens 10 Uhr in der Geschäftsstelle oder bis 9 Uhr in den Filialen aufzugeben. (Größere Anzeigen möglichst am Tage vorher).

Hauptgeschäftsstelle: Harz 49/44. Fernsprecher 1047. Geöffnet: werktags ununterbrochen v. 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 20. März 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

In dem feindlicher Besetzung preisgegebenen Gebiete zu beiden Seiten der Somme und Oise verliefen mehrere Gefechte von Infanterie- und Kavallerieabteilungen verlustreich für die Gegner. Die Vorbereitung des in jener Gegend ausersehenen Kampffeldes macht es zur militärischen Notwendigkeit, alles unbrauchbar zu machen, was dem Feinde später für seine Operationen von Vorteil sein könnte. — Im Ypern-Bogen holten unsere Erkunder 12 Engländer aus ihrer Stellung. Zwischen Lens und Arras war zeitweilig der Artilleriekampf lebhaft. — Auf dem linken Maas-Ufer richteten die Franzosen nachmittags und nachts heftige Angriffe gegen die von uns am 18. März gewonnenen Stellungen; sie sind überall abgewiesen worden. An der Höhe 304 stieß aus eigenem Antrieb eine unserer Kompagnien den weichenden Feinde nach und entriß ihm ein weiteres 200 Meter breites Grabenstück, dessen Besatzung (25 Mann) gefangengenommen wurde. — Bei einem schneidig durchgeführten Unternehmen hart südlich des Rhein-Rhone-Kanals fielen 30 Franzosen in unsere Hand.

In Luftkämpfen wurden 13, durch Abwehrgeschütze 2 feindliche Flugzeuge abgeschossen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern. In einigen Abschnitten regere Gefechtstätigkeit als in den Vortagen. Von Streifen an der Beresina und am Stochod brachten unsere Aufklärungsabteilungen 25 Russen gefangen ein.

Mazedonische Front. Der nun seit neun Tagen währende Kampf zwischen Ohrida- und Prespa-See sowie auf den Höhen nördlich des Beckens von Monastir hat auch gestern den Franzosen keinen Erfolg gebracht. Ihre Sturmtruppen brachen in breiter Front gegen unsere Stellungen sowohl in der Seen-Enge wie im Norden von Monastir vor. In unserem Feuer, an einzelnen Stellen im Nahkampf, sind alle Angriffe gescheitert. Unsere und die verbündeten Truppen haben sich sehr gut geschlagen. Nördlich des Doiran-Sees wurden mehrere englische Kompagnien durch Artilleriefeuer zersprengt.

•

Zur Frontverkürzung im Westen, die in den beiden letzten deutschen Heeresberichten mitgeteilt wird, schreibt der militärische Mitarbeiter der Frkf. Ztg. u. a.: „Wir stehen inmitten der Ausführung einer der großen Kriegsmaßnahmen Hindenburgs. Seit dem Wechsel in der deutschen Obersten Heeresleitung im vergangenen Herbst hat sich in unserer Kriegführung ein systematisch aufgebauter Plan größten Stils vor unseren Augen entwickelt. Seit Wochen weiß man in Deutschland — oder man fühlt es wenigstens —, daß Hindenburg-Ludendorff gerade für die Kriegführung im Westen ganz neuartige und großzügige Lösungen bereithalten. Hinter der in jahrelangem Stellungskampf zerfetzten und zerbeulten Kampflinie sind in aller Stille neue, gewaltige Linien entstanden, Stellungen, die uns jene neue Methode durchzuführen gestatten. Die bisherige Kampflinie in einem großen Abschnitte des vorgeschobenen Frontbogens Arras — Reims ist nach wohldurchdachtem strategischem Plan aufgegeben worden. An die Stelle der mit manchem Nachteil behafteten Unbeweglichkeit ist die Möglichkeit freier operativer Bewegung getreten. Durch die Kraft einer Idee ist der Bann gebrochen: die Front im Westen ist in Bewegung. Wie weit, wie lange und zu welchem Zweck? — Es ist vergeblich, raten zu wollen; wir müssen die Antwort abwarten. Hindenburg wird sie uns geben. — Die einfache nächste Folge ist die: der Feind ist in den Besitz eines beträchtlichen Geländestreifens gekommen; er hat — ohne Kampf — Ortschaften in Besitz genommen, die er in jahrelangem Ringen vergeblich zu erreichen versucht hat. Auch Noyon ist unter ihnen! Und wer möchte glauben, daß das geräumte Gelände für den Feind auch nur den geringsten militärischen Wert besitzen wird? Im Gegenteil: wir stehen in guter neuer Stellung — der Feind aber steht in einer Wüste, auf Trümmern, die zum großen Teil seine eigenen Granaten geschaffen haben. — Es ist noch nicht an der Zeit, über die günstigen Folgen unserer Frontverkürzung und im einzelnen über die neugeschaffene strategische Lage zu sprechen, aber das eine zeigt sich heute schon mit aller Klarheit: wiederum sind es die Deutschen, die die strategische Initiative ergriffen haben, wiederum ist es Hindenburg, der den Ereignissen eine neue Bahn aufzwingt, wiederum ist es die deutsche Armee, die die Lage an der Hauptfront beherrscht! Der Angriffsplan der Entente ist abermals durchkreuzt. Die Stürme werden nicht ausbleiben, aber vorläufig dürften sich die Generalstäbe unserer Gegner vor einer unerwarteten und völlig neuen Sachlage befinden. . . ."

Fliegerkämpfe im Westen.

Berlin, 19. März. (W. T. B.) Bei dem am Sonnabend herrschenden guten Wetter war die beiderseitige Fliegertätigkeit an der Westfront äußerst lebhaft. Unsere kampferprobten Flieger bewiesen von neuem ihre Ueberlegenheit. In erbitterten Luftkämpfen büßte der Gegner nicht weniger als 19 Flugzeuge ein, von denen sich 7 in unserm Besitze befinden, und zwar wurden 3 Flugzeuge bei Ypern, 9 im Raum zwischen Lille und Arras und 2 an der Sommefront niedergezwungen. Die anderen Flugzeuge verteilen sich auf die übrige Front. Die altbewährten Flieger Leutnant Frhr. v. Richthofen und Leutnant Baldamus sind an diesen Erfolgen in hervorragender Weise beteiligt. — 9 weitere Flugzeuge des Gegners wurden durch das Feuer unserer Abwehrgeschütze zum Absturz gebracht, davon eins hinter unserer Linie. — Demgegenüber haben wir nur den Verlust von 3 Flugzeugen zu verzeichnen. Unsere Marineflieger warfen mit Erfolg Spreng- und Brandbomben auf die Hafenanlagen und Gaswerke von Dover.

Vom Fliegerangriff auf Frankfurt. Frankfurt a. M., 19. März. Freitag um 8½ Uhr erschien aus westlicher Richtung ein feindlicher Flieger über Frankfurt und warf, von den Abwehrgeschützen beschossen, sechs kleinkalibrige Bomben ab, von denen eine auf dem Dache eines Hauses explierte, die übrigen in den Main und das umliegende Gelände fielen. Außer nicht nennenswerter Beschädigung des Daches und dem Bruche einiger Fensterscheiben wurde keinerlei Schaden verursacht.

Meldungen vom U-Boot-Kriege.

Berlin, 19. März. Amtlich. Neuerdings sind von unseren U-Booten im englischen Kanal, im Atlantik und der Nordsee **insgesamt 116 000 Br.-Reg.-To. versenkt worden.** Unter anderen befanden sich nach den bisher eingegangenen ausführlicheren Meldungen der U-Boote unter den versenkten Schiffen: der englische bewaffnete Dampfer Connaught (2648 To.), eine englische unbekannte bewaffnete Bark von 1200 To., die englischen Segler Adelaide, Mac Lean, Abaja, Gazelle, Utopia, die englischen Fischdampfer Redkamp und H. Ingram, ferner zwei unbekannte englische Dampfer von etwa 5000 und 9500 Tonnen, der italienische Dampfer Cavour (1929 To.), sowie ein unbekannter italienischer Dampfer von etwa 3000 To., der belgische Dampfer Hainaut, der russische Segler St. Theodor, ein großer unbekannter Tankdampfer von etwa 6000 To. und ein unbekannter Frachtdampfer von etwa 5000 To., der spanische Dampfer Grazia (3129 To.), der griechische Dampfer Thodoroff Pangalos (2838 To.), die norwegischen Dampfer Storaas, Davanger, Lars Forstenges, Thode Fagelund und der norwegische Segler Hermes. — Der Chef des Admiralstabes.

Drei amerikanische Schiffe versenkt. London, 18. März. (Reuter.) Der amerikanische Dampfer Vigilancia wurde ohne Warnung torpediert. Der amerikanische Dampfer Illinois (5225 Br.-Reg.-To.), der mit Ballast von London nach Port Arthur bestimmt war, wurde versenkt. Der amerikanische Dampfer City of Memphis (5252 Br.-Reg.-To.), ist durch Geschützfeuer versenkt worden. Der Dampfer war mit Ballast von Cardiff nach Newyork bestimmt.

Amerika.

Der bisherige Botschafter in Berlin, Gerard, ist in Washington eingetroffen. Die Meldung besagt weiter: Der Präsident Wilson wird seinen Plan, die Vereinigten Staaten in einen Zustand bewaffneter Neutralität zu versetzen, fortführen, und dieser Zustand wird so lange andauern, bis Deutschland einen bewaffneten Zusammenstoß mit einem amerikanischen Handelsschiff erzwingt, oder bis Deutschland den unbeschränkten Unterseebootkrieg aufgibt.

Frankreichs Nöte.

Von M. Boer.

Gegenüber den hartnäckigen Tatsachen des Krieges versagt auch die Zensur, versagen auch die Diktatur und die feingesponnene Redekunst Aristide Briands. Frankreich, während 32 Monate getäuscht und in einem künstlichen Optimismus gehalten, erlebt jetzt ein rauhes Erwachen. Die Lebensmittelkrise, die wirtschaftliche Unsicherheit, die drückende und bohrende Sorge um die Zukunft Frankreichs haben in den letzten Wochen eine fast unbeschränkte Herrschaft über die Gemüter der Nation erlangt. Insbesondere aber seit der durch den neuen U-Boot-Krieg hervorgerufenen pessimistischen Rede Lloyd Georges vom 23. Februar, die die kritische Lage der Verbandsmächte blitzartig erhellte. Seit jenem Tage ist Frankreich aus dem Gaukelspiel seiner Träume erwacht und läßt sich nicht mehr einlullen. Nationale Kundgebungen, wie die am 7. März in der Sorbonne abgehaltenen, Aenderungen des Oberbefehls, wie die Ernennung Nivelles an Stelle Joffres, Geheimsitzungen und Ministerwechsel — alle publizistischen und Reklamemittel, die in den letzten Wochen in Szene gesetzt wurden, haben ihren Zauber verloren.

Am 9. März sank die Mehrheit Briands bei der ersten Abstimmung auf 78 Stimmen. Und auch diese Mehrheit kam nur aus Verlegenheit zustande, da die Kammer und die Nation empfinden, daß die Wurzeln des Uebels viel tiefer liegen als in der Zusammensetzung des Ministeriums.

Das französische Wirtschaftsleben bricht zusammen. Es kann einen dreijährigen Krieg nicht aushalten. Der Akerbau geht rasch zurück; die Abhängigkeit von der ausländischen Lebensmittelzufuhr wächst und hiermit auch die passive Handelsbilanz, die sich im vergangenen Jahre auf 14 Milliarden Frank belief. Es fehlt an Kohlen und Eisenerzen. Und die Hauptsache: die bislang stagnierende Bevölkerung vermindert sich rasch sowohl durch Geburtenrückgang wie durch größere Sterblichkeit.

Die Ministerkrise ist nur ein Symptom des allgemeinen scharfen Unbehagens über die Gesamtlage. Oder wie Hervé in der Victoire vom 10. März klagt:

„Jede Regierung muß heute mit Schwierigkeiten ringen, die zum Teil unüberwindlich sind. Der ergiebigste Teil unseres Landes, ergiebig sowohl in landwirtschaftlicher wie in industrieller Beziehung, ist schon seit über 80 Monaten vom Feinde besetzt. Das ergiebigste Gebiet unserer Eisenerze — das von Meurthe-et-Moselle —, das ergiebigste Gebiet unserer Steinkohle — das des Norddepartements und Pas-de-Calais —, ist uns verlorengegangen, was den Rest unseres wirtschaftlichen Lebens lahmgelegt hat. Auch wenn ein andres Ministerium an die Spitze der Nation tritt, so wird es die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht aus der Welt schaffen können; es wird uns keine englische Kohle und keinen amerikanischen Stahl zur Erzeugung von Kanonen und Granaten, Eisenbahnschienen, Lokomotiven, landwirtschaftlichen Maschinen usw. beschaffen können."

Die Lage wird noch verschärft durch den Mangel an Arbeitskräften, denn diese sind an der Front in den Schützengräben.

Gegenüber dieser von den Kriegsereignissen geschaffenen Lage müssen alle parlamentarischen Künste versagen. Die Parole: „Krieg bis ans Ende!" wird durch die Erkenntnis der wirklichen Lage stark erschüttert. Und diese Erschütterung hat das Ministerium Briand ins Wanken gebracht. Personenfragen spielen hierbei eine ganz geringe Rolle. Die Erschöpfung des französischen Wirtschaftslebens kann durch die feinste Redekunst nicht aufgehalten werden.

Das ist der tiefe Sinn der gegenwärtigen französischen Ministerkrise. In ihm liegt die Hoffnung auf ein baldiges Ende des Krieges. Der uneingeschränkte U-Boot-Krieg und die Hindenburgsche Kriegführung werden sein Ende beschleunigen. Bislang hat die Zeit für die Verbandsmächte und gegen die Mittelmächte gearbeitet. Jetzt beginnt sie in beschleunigtem Tempo gegen die Verbandsmächte zu wirken. Sie wird zur Verbündeten der Mittelmächte.

Im Wirbel.

Das Chaos in Rußland.

In Rußland ist noch alles in stürmischer Bewegung und heftigster Gärung und jede neue Stunde kann den Dingen eine neue Wendung geben. Wohl scheint der Revolutionsausschuß einstweilen formell die Dinge noch zu beherrschen, aber in seiner eigenen Mitte gärt es bereits ganz erheblich und drängt nach klarer Entscheidung. Das ist nun durchaus nicht so leicht, denn der sich widerstrebenden Elemente sind gar viele. Den konservativen Elementen, die an der Revolution beteiligt sind, dürfte manche Maßnahme des Revolutionsausschusses schon viel zu weit gehen, und die Arbeitervertreter gehen unzweideutig zu erkennen, daß sie sich mit bloßen Versprechungen und Halbheiten nicht abspeisen lassen werden. Hinter ihnen aber stehen die Volksmassen der Großstädte und sehr wahrscheinlich auch ein sehr ansehnlicher Teil des Militärs. Auf der anderen Seite mag es natürlich, besonders in den weiten Landbezirken des Zarenreiches, große Volkskreise geben, die offen und feindlich gegen die Revolution auftreten und dem abgedankten Zaren die Treue halten; gar nicht zu reden von der Feldarmee, über deren Haltung durchaus noch nichts Sicheres bekannt ist. Jedenfalls ist angesichts dieser verschiedenartigen gegeneinander streitenden Kräfte nur eines ganz gewiß: die schwersten Erschütterungen stehen Rußland erst noch bevor!

Inzwischen hat die neue Regierung nach außen einen sehr besonnenen Akt vollzogen. Sie hat einen Runderlaß an alle russischen Vertretungen im Auslande gerichtet, der beweist, daß sie in der Kriegsfrage nicht tappisch zuschlagen will, sondern sich alle Wege offen hält.

Das vorsichtige Dokument.

Petersburg, 17. März. Die russische Regierung hat an ihre Vertreter im Ausland ein längeres Telegramm gerichtet, in dem sie in ruhiger sachlicher Weise die Tatsachen der Neuordnung der Dinge darstellt. Die Zirkularnote schließt: „Auf dem Gebiete der äußeren Politik wird das Kabinett die internationalen Verpflichtungen achten, die von dem gefallenen Regime übernommen worden sind. Wir werden sorgfältig die Beziehungen pflegen, die uns mit den anderen befreundeten und verbündeten Nationen verbinden, und wir vertrauen darauf, daß diese Beziehungen noch inniger und noch dauerhafter werden unter dem neuen Regime, das entschlossen ist, sich leiten zu lassen von den demokratischen Grundsätzen der Achtung, die man großen und kleinen Völkern schuldet, der Freiheit ihrer Entwicklung und dem guten Einvernehmen unter den Nationen."

•

Die Note ist wichtiger durch das, was nicht darin steht. Man kann die Note lesen, ohne durch ein Wort aus ihr zu erfahren, daß es Krieg gibt. Hätten die schon konventionell gewordenen Redensarten vom Kampf bis zum siegreichen Ende darin gestanden, man hätte sie nicht allzu tragisch nehmen müssen. Aber von dem allgemein beliebten nationalistischen Phrasenschwung regt sich hier nicht ein Hauch. Geschickt hat Herr Miljukow der Ententepresse so viel gegeben, als sie braucht, um daran tröstende und ermutigende Kommentare anknüpfen zu können. „Das Kabinett wird die internationalen Verpflichtungen achten, die von dem gefallenen Regime übernommen worden sind, und das Wort Rußlands ehren". Daraus kann man „die unverbrüchliche Einigkeit der Alliierten" machen. Wie aber die Note Miljukow auf der anderen Seite wirkt, sieht man aus den zahlreichen Aeußerungen der Berliner Presse, die alle betonen, daß von Krieg und Sieg in ihr gar nicht die Rede ist. So schreibt der russische Mitarbeiter des Berliner Tageblatts, Hans Vorik: „Von Sieg ist nicht ein Wort mehr darin enthalten. Nicht einmal mehr von der Bündnistreue bis zur Niederwerfung des deutschen Militarismus. Ist das noch Miljukow, der spricht, oder sind das schon die Masse des russischen Proletariats, die hinter ihm stehen, des Krieges müde und eine friedliche Beilegung des Konflikts auf der Basis einer Verständigung ersehnend? Zum erstenmal hört man aus diesem Munde Worte von dem „guten Einvernehmen unter den Nationen". Wir begrüßen diese Entwicklung und wünschen von Herzen, daß sie nicht zu spät eingetreten sein möchte."

So klingt es — vielleicht mit etwas voreiligem Optimismus — aus einem Blatte, das seit jeher für einen Verständigungsfrieden eingetreten ist. Aber zugleich sehen auch schon — vielleicht mit unbegründetem Pessimismus — die Anhänger eines sogenannten „deutschen Friedens", eines Zerschmetterungs- und Unterwerfungsfriedens einen „Gefahrenpunkt" heraufsteigen. Und schon sieht man sie eifrig am Werke, um den Krieg über diesen drohenden toten Punkt hinwegzuhelfen und ihn ja nicht mit einem „faulen Frieden" enden zu lassen. So bemüht sich der Berliner Lokalanzeiger, den Sieg der Revolution in Rußland als eine große Gefahr für Deutschland auszumalen, (als ob wir an dem Zarismus etwas verloren hätten). Die vollkommenste Harmonie der Staatsauffassungen — so jammert er — würde zwischen den Verbündeten hergestellt sein und sie würden auch in die Friedensverhandlungen mit viel einheitlicherem Programm eintreten können als Staaten, die nach

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170320-19/fragment/page=0001

einander entgegengesetzten politischen Grundsätzen regiert und verwaltet werden. Die Gefahren, von denen Deutschlands Zukunft bedroht sein würde, wenn auch an seiner Ostgrenze ein demokratisches Staatsgebilde entstünde, würden ganz ungeheuer wachsen. Daraus schließt nun der Lokalanzeiger, daß nun „erst recht die stärksten Sicherungen geschaffen werden müßten".

Wir halten das Geständnis fest, daß Fortschritt zur Demokratie auch Fortschritt zur Kraft nach außen ist. Aber was folgt daraus? Soll nun zwischen einem befreiten und erstarkenden Rußland und uns ein Elsaß-Lothringen des Ostens geschaffen werden? Auch durch einen gewaltigen Verlust an Land und Menschen würde Rußland in seiner Kraft nur wenig geschwächt werden. Es würde aber durch diesen Verlust, falls er ihm von Deutschland aufgezwungen würde, zu unserem dauernden Feinde werden. Wer heute in Deutschland von Polen, Kurland und Livland redet, der arbeitet der russischen Kriegspartei in die Hände.

Die Aufgabe der deutschen Politik müßte es sein, die Friedensfreundlichkeit der russischen Volksmassen zu stärken, auf daß sie auf ihre neue Regierung einen starken Druck für Friedensverhandlungen ausüben können. Von deutscher Seite müßte deshalb gezeigt werden, daß Rußland einen versöhnlichen Frieden haben könne — nicht im Sinne der deutschen Annektionisten. Es wäre ungeheuerlich, wenn die russische Revolution nicht klug ausgenutzt werden würde, um zu einem guten, bei keinem Teile Revanchegelüste hervorrufenden Frieden zu gelangen.

Fortdauer der Kämpfe.

Kopenhagen, 19. März. Nach den letzten Informationen dauern die Kämpfe zwischen den Revolutionären und den treugebliebenen Truppen mit Ausnahme Petersburgs in allen größeren Städten Rußlands, namentlich in Moskau und im Süden, an. Da das abgelieferte Getreide aufgebraucht ist und der Hunger sich von neuem eingestellt hat, haben auch bereits wieder in Petersburg Straßenunruhen der Arbeiter stattgefunden. Weit verhängnisvoller aber als diese Unruhen ist für Rußland jedoch, daß der ganze Süden des Reiches sich angeblich für zarentreu erklärt.

Eine andere Meldung besagt im Gegensatz hierzu, daß sich die Städte Odessa, Tiflis und Jekaterinoslaw sowie beinahe ganz Sibirien der neuen Regierung angeschlossen hätten. In Kiew sei die Nachricht von den Petersburger Vorgängen mit Ernüchterung Russisches bekanntgegeben worden. Die neue Regierung habe den Winterpalais zum nationalen Eigentum erklärt und beabsichtige, ihn zum Sitz der konstituierenden Versammlung zu machen.

Phantastische Meldungen verbreiten bürgerliche Blätter. Danach soll der abgedankte Zar an der Spitze ergebener Truppen aus Petersburg marschieren; das andere Mal soll es der Großfürst Nikolajewitsch sein sein. Dabei ist noch nicht einmal sicher, ob der Großfürst Nikolai den Oberbefehl der Armee übernommen hat. Der Oberbefehlshaber der Nordfront, General Ruszki stehe auf seiten der Revolution, der Oberbefehlshaber der Südfront, Brussilow auf seiten des Zaren. Inzwischen herrsche Hungersnot im Lande und Empörung an der Front. Seit dem 10. März soll noch kein Transport aus dem Innern Rußlands an die Front abgegangen sein, so daß die Armee keine Zufuhren mehr an Kriegsmaterial und Proviant erhalten habe. — All diese Nachrichten sind auf ihre Wahrheit nicht zu kontrollieren.

Petersburg, 18. März. Die neue Regierung übergab dem sozialistischen Schriftsteller Burzew die Akten und Archive der politischen Polizei. — In Finnland soll es zu heftigen Kämpfen gekommen sein; in Helsingfors sei viel Blut geflossen. Bei den Unruhen in Petersburg seien rund 3000 Personen getötet und ebensoviel verwundet worden.

Der Konflikt mit der Arbeiterschaft.

Genf, 19. März. Nach einer Meldung des Temps verweigert die provisorische Regierung in Petersburg hartnäckig die Forderungen der Führer der Arbeiterschaft auf sofortige Ausschreibung neuer Wahlen. Abksianko verharrt auf der Vertagung der Wahlen bis nach Friedensschluß, weil bei der Unvereinbarkeit der gegenwärtigen Stimmung die Konservativen eine allzu starke Vertretung in der Konstituante erlangen könnten. Dem Pariser Lloyd wird aus Stockholm gemeldet, daß hier eingetroffenen Nachrichten zufolge die Stellung Milukows und seiner Mitgenossen bereits erschüttert ist. Die Macht in Petersburg gleitet augenfällig in die Hände der sozialen Revolutionspartei.

Berlin, 20. März. Dem L.-A. geht ein Bericht über den Kampf der sozialistischen Arbeiterschaft gegen die kadettisch-oktobristischen Dumamänner zu, der erkennen läßt, daß der Einfluß dieser extremen Kreise geradezu entscheidend werde.

Die Hoffnung auf Kriegsverschärfung.

London, 19. März. Unterhaus. Lloyd George erklärte, soweit die britische Regierung unterrichtet sei, sei die russische Revolution mit geringen Blutverlusten durchgeführt worden. Es sei befriedigend zu wissen, daß die neue Regierung für den ausdrücklichen Zweck gebildet worden sei, den Krieg mit Energie fortzuführen.

Paris, 18. März. Die französische Presse gibt ihrer lebhaftesten Befriedigung über die russischen Ereignisse Ausdruck. Hervé schreibt: Man könnte vor Freude verrückt werden! Was sind Verdun, die Yser, die Marne gegenüber dem unermeßlichen, moralischen Sieg, den die Alliierten in Petersburg errungen haben! Die russischen Ereignisse sind das größte Vorkommnis der Weltgeschichte seit der französischen Revolution.

Getreidepreiserhöhung, Viehpreisherabsetzung

Die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse aus der Ernte 1917 und für Schlachtvieh.

Berlin, 19. März. (Amtlich.) Am Donnerstag, den 15. März 1917, fand unter Leitung des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes eine Beratung der Minister der Bundesstaaten über Fragen der Kriegswirtschaft statt. Den Gegenstand der Verhandlungen bildete neben der Sicherung der Volksernährung für die nächsten Monate bis zur neuen Ernte der Preis- und Wirtschaftsplan für das kommende Erntejahr.

Der Bundesrat hat nunmehr nach Vorbereitung durch die zuständigen Ausschüsse die Preisvorlage des Kriegsernährungsamtes im wesentlichen unverändert angenommen. Danach wird für den Berliner Bezirk der Preis des Roggens auf 270 Mark, der des Weizens auf 290 Mark für die Tonne erhöht. Die bisherigen Preisunterschiede zwischen dem Osten und Westen bleiben für diese Fruchtarten bestehen. Die Hafer- und Gerstenpreise werden herabgesetzt, und zwar der Preis des Hafers, der im vorigen Jahre 300 bis 360 Mark im laufenden Jahre 300 Mark abfallend bis auf 270 Mk. betrug, durchweg auf 270 Mark, der Preis der Gerste, die im vorigen Jahre bis 360 Mark und im laufenden Jahre, von geringeren Mengen billigerer Futtergerste abgesehen, zwischen 340 und 300 Mark kostete, gleichfalls durchweg auf 270 Mark unter Abstandnahme von Zuschlägen für Qualitätsgerste. Die Preise für Hülsenfrüchte und Oelfrüchte für das nächste Jahr bleiben, wie bisher festgesetzt, bestehen, unter Abrundung der bei einzelnen Sorten bisher bestehenden Pfennigbruchteile auf ganze Mark für die Tonne.

Der Zuckerrüben-Mindestpreis beträgt nach der schon bekanntgegebenen Bundesratsverordnung 2,50 Mark für den Zentner. Der Kartoffelpreis, der im laufenden Jahre bekanntlich 4 bis 5 Mark, durchschnittlich etwa 4,50 Mark beträgt, soll auf 5 Mark erhöht werden. Dem aus West- und Mitteldeutschland auch von städtischen Kreisen lebhaft geäußerten Wunsche entsprechend soll für Gegenden mit besonders hohen Friedenspreisen für Speisekartoffeln die Erhöhung des Preises bis höchstens auf 6 Mark durch Anordnung der Landeszentralbehörde oder der von ihr zu bezeichnenden Stelle gestattet werden. Der Herbstkartoffelpreis tritt statt wie bisher am 1. Oktober schon am 15. September an Stelle des höheren Frühkartoffelpreises in Kraft und soll, um die Lieferung an die Bedarfsbezirke im Herbst möglichst zu steigern, zum Frühjahr nicht steigen, sondern das Jahr über unverändert bleiben. Für unverlesene Fabrikkartoffeln wird im Gegensatz zu dem laufenden Jahre ein der Höhe nach noch festzusetzender Preisaufschlag eintreten.

Für Runkelrüben, Kohlrüben und Feldmöhren werden, um der Neigung, ihren Anbau an Stelle des Kartoffel- und Zuckerrübenanbaues allzu sehr zu steigern, entgegenzuwirken, erheblich niedrigere Höchstpreise wie bisher, nämlich 1,50 Mark (bisher 1,80 Mark) bzw. 1,75 Mark (wie bisher 2,50 Mark) und 2,50 Mark (bisher 4 Mark) für den Zentner festgesetzt. Lieferungsverträge zu höheren Preisen über Kohlrüben sollen nicht mehr abgeschlossen werden.

Hinsichtlich der Viehpreise

hat der Bundesrat den Anregungen auf Erhöhung der Preise für einzelne Klassen und Gruppen, insbesondere auch der vom Reichstagsausschuß empfohlenen Gleichstellung der niedrigeren Klassen der Schweine bis zu 60 Kilogramm Lebendgewicht mit der nächsthöheren nicht zugestimmt, sondern die Vorschläge des Kriegsernährungsamtes angenommen. Danach betragen vom 1. Mai an die Preise für Schlachtschweine

bis zu 60 Kilogramm	53—61	Mk.
über 60—70 „	57—65	„
„ 70—85 „	67—75	„
„ 85—100 „	72—80	„

Das bedeutet gegen früher eine Preisminderung von 20 bis 25 v. H.

Infolge dieser Preissenkung ist im April auf ein starkes Angebot von Schweinen zu rechnen, das auch zur Verhinderung der Verfütterung von für Ernährungszwecke gebrauchten Bodenerzeugnissen erwünscht ist. Deshalb werden die Minderpreise nicht gleichzeitig, sondern erst zum 1. Juli gesetzt, um für die Monate Mai und Juni, wo wegen der Knappheit an sonstigen Nahrungsmitteln, ebenso wie im April, eine verstärkte Lieferung von Schlachtvieh nötig sein wird, ein ausreichendes Angebot zu sichern und die wirtschaftlich besonders nachteiligen Zwangseinteignungen von Vieh nach Möglichkeit entbehrlich zu machen. Die Schlachtviehpreise betragen vom 1. Juli an:

1. für gering gemästete Rinder einschließlich Fressern (Klasse C) 55 Mk.;
2. für ausgemästete Ochsen und Kühe über 7 Jahre, Bullen über 5 Jahre und abgekalbte Ochsen, Kühe, Bullen und Färsen jedes Alters (Klasse B) im Lebendgewicht von

bis zu 5,5 Zentner	60	Mk.
über 5,5 bis 7 „	68	„
„ 7 bis 8,5 „	72	„
„ 8,5 bis 10 „	76	„
„ 10 bis 11,5 „	80	„
„ 11,5 „	85	„

3. für ausgemästete oder vollfleischige Ochsen und Kühe bis zu 7 Jahren, Bullen bis zu 5 Jahren und Färsen (Klasse A) 90 Mk.

Die Preissenkung gegen früher beträgt rund 15 v. H.

Die neue Preisregelung bringt der Landwirtschaft als Gesamtheit annähernd dieselben Einnahmen aus den abzuliefernden Erzeugnissen wie bisher. (W. T. B.)

Politische Uebersicht.

Ohne den Reichstag zu fragen.

Im Hauptausschusse des Reichstages gab es am Montag scharfe Kritik gegen die Regierung. Die Militärverwaltung hat wiederum, ohne den Reichstag zu fragen, ein teures Grundstück für sich erworben, und zwar mit Zustimmung des Reichsschatzsekretärs. Es handelt sich um das feine Hotel Cumberland am Kurfürstendamm, für das 6 800 000 Mk. bezahlt wurden; das macht für jeden der 600 Räume 11 700 Mk.! Die Redner aller Parteien verurteilten aufs schärfste, daß man den Reichstag und den Hauptausschuß nicht gefragt habe. Die Regierung sagte, es habe eine Notlage für die Unterbringung der Leitung der Munitionsbeschaffung bestanden, deshalb habe sie wieder ohne die Volksvertretung gehandelt. Durch die einmütige Kritik wurde sie veranlaßt, die Kosten nachträglich durch einen Nachtragsetat einzufordern.

Sozialdemokratische Anträge zum Militäretat.

Die Sozialdemokraten haben in der Budgetkommission beantragt, den Reichskanzler zu ersuchen:

1. mit möglichster Beschleunigung eine Reform des Militärischen Beschwerderechts herbeizuführen:
2. darauf hinzuwirken, daß die Briefzensur bei den einzelnen Truppenteilen nicht über das unbedingt nötige Maß hinaus ausgedehnt wird und daß die Zensur der Briefe nicht mehr bei den einzelnen Truppenteilen, sondern beim Brigadestab oder einer anderen höheren Kommandostelle vorgenommen wird;
3. darauf hinzuwirken, daß Mannschaften, die verwundet oder krank aus dem Felde in Lazarette oder in die Heimat überwiesen werden, vor ihrer Rückkehr zur Front oder zu ihrem Ersatztruppenteil einen entsprechenden Urlaub erhalten.

Zusammenlegung der Schuhindustrie.

Berlin, 18. März. (Amtlich.) Die Knappheit des nach der Deckung des Heeresbedarfs zur Verteilung an die Betriebe der Schuhindustrie verfügbaren Bodenleders läßt eine Zusammenlegung der Betriebe dieser Industrie erforderlich erscheinen. Einmal ist angesichts der geringen Rohstoffmengen schon rein privatwirtschaftlich eine rationelle Weiterführung aller Fabriken nicht möglich; außerdem wäre mit dieser Weiterführungen an sich überflüssiger Mehraufwand an Arbeit, Betriebskraft, Transportleistungen verbunden, der mit Rücksicht auf allgemein kriegswirtschaftliche Interessen unzulässig ist. Die Zusammenlegung die nur die Fabrikbetriebe, nicht das Handwerk erfaßt, wird durch eine Verordnung des Bundesrats vom 17. März 1917 in die Wege geleitet. Die Verordnung ermächtigt den Reichskanzler, die Hersteller von Schuhwaren jeder Art, soweit sie bereits vor dem 1. August 1914 Schuhwaren hergestellt haben, auch ohne ihre Zustimmung zu Gesellschaften zu vereinigen, denen die Regelung der Herstellung und der Absatz nach Maßgabe der verfügbaren Rohstoffe und der volkswirtschaftlichen Bedürfnisse obliegt. Ausgenommen von dieser Zwangssyndizierung sind Heeresbetriebe und Marinebetriebe sowie handwerksmäßige Betriebe. Jeder der zu errichtenden Zwangssyndikate soll einen bestimmten Erzeugungsbezirk umfassen. Von dem dem Zwangssyndikate angehörenden Betriebe wird ein Teil stillgelegt, der Rest in rationeller Weise weiterbeschäftigt. Damit die Konkurrenzverhältnisse nicht für später zugunsten der weiterarbeitenden Betriebe beeinflußt werden, sollen die Schuhwaren, die seine Marke oder Bezeichnung der herstellenden Firma tragen dürfen, lediglich durch die Syndikate abgesetzt werden. Ein Verkehr des einzelnen, weiterarbeitenden Betriebs mit Handel und Privatkunden findet nicht mehr statt. Der Gesamtgewinn wird auf die in dem Betriebe des Syndikats ansässigen Schuhwarenhersteller ohne Rücksicht, ob sie weiterarbeiten oder nicht im Verhältnisse ihrer Produktion in der Zeit vom 1. Juli 1913 bis zum 30 Juni 1914 verteilt werden. Stillgelegte Betriebe, die am Gewinne teilnehmen, sollen jedoch zu einer Abgabe an das Syndikat verpflichtet sein, die nach dem durch die anderweitige Verwertung ihrer Fabrikationsmittel erzielten Umsatz berechnet wird. Die Vorschriften über das Zusammenwerfen und die Verteilung der Gewinne beziehen sich auch auf Heereslieferungen, die künftig durch eine militärische Zentralstelle in Verbindung mit dem gleich zu erwähnenden Ueberwachungsausschusse der Schuhindustrie vergeben werden sollen.

Erhöhung der Fleischanteile.

Vor mehreren Wochen teilte der Reichskanzler einer Abordnung mit, daß im Frühjahr eine Erhöhung der Fleischmenge eintreten würde. Einige Zeit darauf erklärte der Leiter des Kriegsernährungsamts, daß einstweilen von einer Erhöhung der Fleischmenge abgesehen werden müsse. Nunmehr aber ist, wie die Tägl. Rundschau schreibt, damit zu rechnen, daß binnen kurzem die zugeteilte Fleischmenge eine „und zwar nicht unbeträchtliche Erhöhung erfahren wird". Dagegen sei an eine Erhöhung der zugeteilten Brotmenge vor der Hand nicht zu denken. Die in der Reichskanzlei schwebenden Erwägungen gelten der Frage, ob die jetzt zugeteilte Menge in der nächsten Zeit beibehalten werden kann

Halle und Saalkreis.

Halle, den 20. März 1917.

Stadtverordnetenversammlung.

Gedrängt vom Ernst der Zeit gedrängt, stand die gestrige Stadtverordnetenversammlung wieder einmal im Zeichen einer großen Auseinandersetzung über die

Lebensmittelversorgung.

Folgender dringender Antrag unserer Genossen war vor Beginn der Tagesordnung eingereicht:

Die Versammlung wolle beschließen: Das städtische Ernährungsamt zu ersuchen, der Bevölkerung der Stadt Halle reichlichere Nahrungsmittelmengen zuzuführen. Bei Nichtlieferung von Kartoffeln sollen Zusatzmarken für Brot oder Mehl, sowie Dörrgemüse oder andere Ware zur Verteilung gelangen.

Nachdem die Dringlichkeit des Antrages durch Beschluß anerkannt worden war, erläuterte seine Begründung durch Stadtv. Genossen Emmer: Wir setzen voraus, daß der Magistrat alles getan hat, um unter den schweren Verhältnissen die Bevölkerung zu ernähren. Aber die Zufuhr ist nun immer weniger geworden, so daß ernste Besorgnisse auftauchen, die hier zerstreut werden müssen. Wir wissen, daß

auf dem Lande noch viel Nahrungsmittel

vorhanden sind, aber man behält dort alles zurück. Daraus erklärt sich die städtische Flucht aufs Land. Den Zentralstellen muß nachdrücklichst gesagt werden, daß sie die Städte nicht so benachteiligen dürfen, wie das hier geschieht. Die Städte müssen prozentual mehr Steuern aufbringen als das Land, warum sollen sie dafür weniger Nahrung erhalten? Die Not erzeugt den Schleichhandel, der die Preise ungeheuer hoch treibt, so daß die Waren nur für Reiche erschwingbar sind. Auch das Brot in der Stadt ist minderwertig, das Brot auf dem Lande ist viel besser, auch das ist ein Unrecht. Der Magistrat muß ersucht werden, all diese Mängel zu beseitigen. Die Eisenbahnverwaltung hat vorige Woche Hülsenfrüchte verteilt, 4 bis 6 Pfund für die Familie, das sollte die Stadt auch erstreben. Die Schwerstarbeiter müssen leistungsfähig erhalten werden. Wir müssen verhüten, daß man derartig darbt, wie es jetzt teilweise der Fall ist; das erzeugt schließlich Krankheiten. Große Bestände an Dörrgemüse, Sauerkraut usw. sind vorhanden, warum werden sie nicht verteilt? Die Städte sollten das fordern und durchführen. Andere Städte gehen statt Kartoffeln Zusatzmarken an Brot und Mehl, Halle muß das auch tun können. Wiederholt wurde angekündigt, daß in den Fabriken nicht mehr so intensiv wie bisher gearbeitet werden könne, weil die Ernährung zu mangelhaft war. Wir wollen hier nicht aufreizen, sondern wir drängen, daß vorgesorgt wird, damit der Hunger nicht erst Opfer fordert. Eine gleichmäßigere Verteilung muß unbedingt angestrebt werden. Das Land spürt wohl den Krieg, aber — durch höhere Geldeinnahme. Dort bereichert man sich trotz all unseres Mangels noch. Der

Ausgleich zwischen Stadt und Land

kann nicht von der Versammlung erfolgen, aber die Zentralstellen können mehr tun, es muß stärkerer Druck auf sie ausgeübt werden. — Redner ging noch auf einige örtliche Einzelheiten ein. So erklärte er: Die hiesige Kriegsküche ist billiger geworden, aber das Essen dünner. So dürfte man jetzt nicht vorgehen. Im Gegenteil wären Verbesserungen nötig. Nachdem Genosse Emmer dann noch die Kohlenversorgung kritisiert hatte, forderte er zum Schluß: Wir müssen alle Kräfte zusammenfassen, daß die Not gemindert wird.

Bürgermeister Sendel führte die gewisse Beunruhigung, von der gesprochen worden war, auf die vorübergehende Stockung in der Zufuhr von Kartoffeln zurück. Die Gründe für den Ausfall der Kartoffellieferung seien aber mitgeteilt worden. Als Ersatz seien andere Lebensmittel gegeben worden. Im übrigen seien alle Nahrungsmittel so genau zugeteilt, wobei die Großstädte noch bevorzugt würden, daß die Stadtverwaltung nicht größere Mengen heranschaffen kann. Der preußische Staatskommissar habe selbst schon betont, daß jetzt nötig sei, aus den ländlichen Beständen alles nur Mögliche herauszuholen. Im übrigen aber habe er betont, daß es gelte, mit dem, was zugeteilt wird, auszukommen. Zur Kriegsküche teilte der Bürgermeister mit, daß die Menge pro Kopf so festgesetzt werden müßte, wie es der sonstigen Zuteilung für die Bevölkerung entspreche. Das Essen sei trotzdem noch besser und billiger, wie es jetzt ein Privathaushalt herstellen könne.

Stadtv. Prof. Finger gab offen zu, daß eben

nicht mehr da ist,

als jetzt zugeteilt werde; es müsse versucht werden, damit über die nächsten Wochen hinüberzukommen. Zur völligen Sättigung genüge es nicht, aber zur Ernährung und Erhaltung des Körpers seien die Lebensmittel ausreichend. Den Unterschied gelte es allen klarzumachen. Und so hoffe er für die nächsten schwersten Monate ebenso auf die Mitwirkung der Arbeitervertreter, wie andererseits sie immer bemüht sein würden, den Wünschen der Arbeiterschaft entgegenzukommen.

Stadtv. Genosse Osterburg meinte, das Wichtigste war wohl, daß der Vorredner betonte: Es sei nicht mehr da, mit dem Zugeteilten müsse man auskommen! Gerade deswegen sei aber der Antrag gestellt, weil jetzt die Zuteilung eine ganz gewissenhaft geregelte sein müsse. So hätten die Familien, die aus Erwachsenen und schulentlassenen Kindern bestünden, im Verhältnis zu solchen mit kleineren Kindern eine viel zu geringe Brotmenge. Ebenso sei es bei der Kartoffelzuteilung gewesen. Bei der Gelegenheit sei besonders zu fragen, was man mit den Familien machen will.

die ihre Kartoffelbestände vorzeitig aufgezehrt

hätten? Die könne man doch jetzt nicht dem Hunger überlassen. Bei der viel zu knappen Zuteilung hätte eben ein ganz besonderer Charakter dazu gehört, nur die geringe erteilte Kopfmenge zu verzehren und dann neben seinem Kartoffelhaufen zu sitzen und zu darben. Manchen Leuten seien eben auch die Kartoffeln schlecht geworden oder bei dem überaus strengen Frost erfroren; denn darauf hätte sich nicht jeder eingerichtet. Zu solchen Fällen müsse den Leuten jetzt andere Ernährungsmöglichkeit verschafft werden. — In der Kriegsküche sei das Essen jetzt dünner und weniger geworden, wie er es selbst gesehen habe. Von dem bisschen Grießsuppe, die es zuweilen gebe, könne sich keiner die Muskeln stärken. Da die Leute nebenher noch etwas dazu essen müssen, kämen sie nie mit dem Zugeteilten aus: Deshalb wäre sehr nötig, im Sinne des Antrages energisch zu handeln.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170320-19/fragment/page=0002

Stadtv. Genosse Gröbel bemängelte die neue Einteilung der Arbeiter in

Schwer- und Schwerstarbeiter.

Die Einteilung sei ohne Mitberatung der Beteiligten, also der Arbeiter, vorgenommen worden. So sei es zu so starken Differenzen gekommen, daß beinahe Arbeitseinstellungen erfolgt wären, um eine andere Verteilung zu erreichen. Dabei seien Organisationsvertreter, die die Differenzen friedlich beilegten, noch in sehr schiefe Verhältnisse gekommen. Sie haben gar Strafmandate erhalten sollen. — Auch bei der städtischen Verteilung müßten Arbeiter mitwirken. Insbesondere bemängelte der Redner, daß die Herrschaften aus besseren Kreisen immer noch in der Lage seien, sich allerlei Nahrungsmittel zu beschaffen. Zum Beispiel hätte es in früheren Jahren stets im Laufe des Winters **Hasen** in großer Zahl zu kaufen gegeben. In diesem Jahre habe man hier nichts davon gespürt. Aber in der Nachbarschaft der Jagdpächter war an diesem begehrten Wild kein Mangel. Da ist

manche Bessergestellte direkt versorgt

worden, ohne daß die Allgemeinheit bedacht wurde. Es müsse sich in diesen und anderen Fällen unbedingt noch möglich machen lassen, mehr Nahrungsmittel für die Verteilung an die Bevölkerung herauszuholen. Ein Beispiel dafür wäre die Butterversorgung, die bis in den letzten Sommer so entsetzlich knapp war, daß schärfste Mißstimmung laut wurde. Dann endlich ist es damit etwas besser und gerechter geworden. So müsse noch auf vielen Gebieten nachgefaßt werden. Bei der jetzigen Milchpreiserhöhung müßten die ärmeren Kreise geschont werden; es müsse möglich gemacht werden, ihnen die Milch zum bisherigen Preise zu überlassen. Ebenso mache die Kohlenversorgung viel Mißstimmung, da immer noch große Haushalte fuhrenweise versorgt würden, während die kleinen Leute warten und Kette stehen müßten und trotzdem oft nichts bekämen. Das verstärke sehr die allgemeine Empfindung, daß die Bessergestellten noch gut versorgt seien, während die Masse Mangel leidet, und daß wohl der Krieg schon längst vergessen wäre, wenn arm und reich nur gleichmäßig zu essen hätten. Eine Hauptnotwendigkeit sei auch

Arbeiter bei der Verteilung mitwirken

zu lassen. Aber leider wolle man mit den Arbeitern nicht gern zusammenarbeiten. Leider sei das trotz allen Widerspruchs der Herren doch so und er werde dafür noch Belege bringen. Ohne die Mitarbeit der Arbeiter, die zu den Hauptleidtragenden gehörten, komme man aber schließlich doch nicht aus. Das bitte er zu beherzigen und bei Durchführung des vorgelegten Antrages zu berücksichtigen.

Stadtverordnetenvorsteher Dr. Keil bestritt die bessere Versorgung der wohlhabenderen Kreise. Deren Angehörige stellten sich nur deshalb nicht beim Kohlenholen mit an, weil ihnen von ärmeren Leuten dort stets heftige Vorwürfe gemacht würden. Auch in der Nahrungsmittelversorgung seien sie oftmals viel schlechter dran, wie die Minderbemittelten.

Stadtv. Balke teilte Reisebeobachtungen mit, nach denen die ländliche Bevölkerung so reichlich versorgt ist, daß es den Neid der Städter erwecken müsse. Da müsse von den Stadtverwaltungen die warnende Stimme erhoben werden, um endlich den gerechten Ausgleich zu erreichen. Daß es den Bessergestellten durchaus nicht mehr möglich wäre, sich reichlicher wie Minderbemittelte zu versorgen, sei Tatsache. Wären doch in höheren Schulen schon Schüler vor Schwäche umgefallen. Auch die sehr angespannt tätigen Hausfrauen hätten es schwer, auszukommen. Ebenso könnten die Beamten die lange Dienstzeit kaum noch aushalten. Aber keiner von all diesen Gruppen bekommen Zulagen, wie die Schwerarbeiter sie erhalten.

Damit war die Aussprache beendet und **mit großer Mehrheit erfolgte die Annahme des sozialdemokratischen Antrages, dem** nun hoffentlich der Erfolg beim Magistrat nicht versagt bleibt.

Die Versammlung trat nun in

die Weiterberatung des Haushaltsplanes

ein. Mehrere Abschnitte — Wasserwerk, Elektrizitätswerk und Braunkohlengrube — wurde debattelos erledigt.

Stadtv. Genosse Emmer fragte dann bei dem Abschnitt Rechnungsergebnisse an, wie die städtischen Finanzen im laufenden Jahre abschneiden. Es sei zugesagt, darüber jeweils bei der neuen Etatsberatung Auskunft zu geben.

Bürgermeister Seydel antwortete, daß zwar der endgültige Abschluß noch nicht vorliege, aber er könne schon sagen: die **Steuereinkünfte hätten die Stadtverwaltung angenehm überrascht.** Dieses Jahr werde die Stadtkasse nicht ungünstig abschließen, sondern wahrscheinlich einen kleinen Ueberschuß machen.

Eine für unsere seit jeher verfahrenen örtlichen Ernährungsverhältnisse sehr bezeichnende Aussprache brachte der Abschnitt des Haushaltsplanes, der die städtische Grundeigentumsverwaltung betrifft, mit sich:

Stadtv. Genosse Emmer brachte zur Sprache, daß schon jetzt wieder die **Pächter unserer städtischen Aecker in Diemitz ihre Gemüseerträge nach Leipzig und Berlin zu hohen Preisen verkauft haben sollen,** während wir von unserem Grund und Boden nichts haben. Es wäre doch unerhört, wenn die Stadt auf diese Pächter gar keinen moralischen Einfluß ausüben könne und wir dem Abwandern der Erträge von unserm Grund und Boden so wehrlos zusehen müßten. Weiter regte Genosse Emmer an, die städtischen Gutspächter zu Lieferungen an die Stadtbevölkerung zu bewegen. Auch solle man versuchen, Land des Gutes Seeben in kleinen Ackerstücken zu verpachten.

Den Wünschen, die von anderen Rednern unterstützt wurden, konnte der Stadtrat Kinne aber keine Erfüllung zusagen. Auf die Pächter in Diemitz habe man keinerlei direkten Einfluß und Aecker des Gutes Seeben anderweitig zu verpachten, sei uns noch nicht gestattet.

Polizei und Werkstattbesprechungen.

Stadtv. Genosse Gröbel kam beim Etat der Polizeiverwaltung darauf zurück, daß infolge der teuren Ernährung die Arbeiter sich bemühen, höhere Löhne zu erreichen. Außerdem sei ja auch die Beunruhigung darüber, daß Schwerstarbeitern die Zusatzmarken entzogen entzogen wurden, bekannt. Da solcherlei Mitteilungen plötzlich kämen, sei es in solchen Fällen nötig, um Arbeitsniederlegungen zu verhindern, sofort Besprechungen der Arbeiter abzuhalten, um durch eine Aussprache friedliche Verhandlungen zu ermöglichen. Solche plötzliche Betriebs-Besprechungen habe aber die Polizei hier seltsamerweise als Versammlungen angesehen. Es sei für eine solche Veranstaltung sogar schon ein Strafmandat von 30 Mark zugestellt worden. Wenn das weiter Praxis bleiben solle, so könne es aber zu Folgen führen, die der Magistrat und der Polizei nicht wünschenswert erscheinen dürften. Verlange man, daß diese Besprechungen 48 Stunden vorher angemeldet werden sollen, so würden in den Zwischentagen die Arbeiter außerhalb der Betriebe stehen und die Arbeit würde ruhen, was den Behörden im Interesse der Munitionslieferung doch gewiß nicht lieb sein könnte. Bisher sei es ja noch gelungen, die Differenzen der erwähnten Art ohne größere Beunruhigung zu überwinden, aber Strafmandate brächten schließlich doch solche Verschärfungen, daß sich dann Arbeitseinstellungen nicht mehr umgehen lassen würden. Eine vorherige Anmeldung solcher Besprechungen über Differenzen in den Betrieben sei eben undenkbar. Stadtv. Finger habe vorhin betont, daß wir in den Ernährungsfragen mit den Herren so gemeinsam wirken sollten, wie sie unseren Wünschen entgegenzukommen bestrebt seien. Im vorliegenden Falle sei von solchem Streben nichts zu merken. Er ermahne dringend, das Gehörte zu bedenken und nicht auf Anmeldung von Werkstattbesprechungen zu bestehen, da sonst

einschneidendere Folgen, als sie bisher in Halle erlebt

wurden, ganz von selbst eintreten müßten.

Stadtrat Wurm setzte zunächst auseinander, daß der Brotmarkenabzug nicht durch städtische Stellen, sondern nach den Angaben der Unternehmer durch militärische Kommissionen erfolge. In der Forderung der vorherigen Anmeldung der Arbeiterversammlungen sei man an die Anweisungen des Generalkommandos gebunden. Die Besprechungen in öffentlichen Lokalen nicht als Versammlungen anzusehen, sei unmöglich. Ob die Anmeldung strafbarerweise unterlassen sei, entscheide auch nicht die Polizei, sondern das Gericht. Diese harten Tatsachen, gegen die kein guter Wille der Polizeiverwaltung etwas vermöge, müßte Herr Gröbel den Arbeiter verständlich machen, wenn er für Beruhigung sorgen wolle.

Stadtv. Genosse Gröbel setzte nochmals auseinander, daß Werkstattbesprechungen so plötzlich nötig würden, daß die vorherige Anmeldung undenkbar sei. Da die Fabrikbesitzer ihre Räume nicht zur Verfügung stellen, gingen die Arbeiter in das nächste Lokal. Dann werde der Bevollmächtigte des Verbandes herbeigerufen, meistens sogar telephonisch, und dann heiße es, sich auszusprechen, um mit dem Unternehmer verhandeln zu können. Werde nun auf Anmeldung bestanden, so müßten die Arbeiter bis zur Versammlung zwei oder drei Tage feiern und es sei unmöglich, wie bisher, sofort für friedliche Beilegung zu wirken.

Diesen jedem Eingeweihten sofort einleuchtenden Darlegungen folgten Bemerkungen, die den völligen Mangel an Verständnis bewiesen, ohne den ein Ausgleich unmöglich ist.

Der Stadtverordnetenvorsteher Dr. Keil meinte, wenn die Versammlung angemeldet sei, sollten die Arbeiter doch einfach noch die 48 Stunden unter den alten Bedingungen weiterarbeiten!

Stadtrat Wurm fügte kurz hinzu, wenn Eile im Verzug sei, möge sich die Arbeiterschaft doch an das Einigungsamt, an Prof. Finger, wenden.

Das rief nun sogar den Einspruch des liberalen Arbeitervertreters, Stadtv. Spröte, hervor, der dem Stadtverordnetenvorsteher erwiderte, daß in der Hallischen Maschinenfabrik die Arbeiter drei Monate hindurch verhandelt hätten und immer wieder hingehalten wurden. Als dann doch der Geduldsfaden riß und die Betriebsbesprechung stattfand, griff die Polizei ein. Es sei falsch, in solchen Fällen die Verordnung des Generalkommandos anzuwenden, denn hier sei doch bisher die Arbeiterschaft noch ruhig und friedlich gewesen.

Stadtv. Genosse Gröbel, der noch verschiedentlich das Wort zu dieser Sache nahm, führte aus, daß die Arbeiter sogar von Juni bis Dezember vertröstet worden seien. Das ergebe schließlich solche Spannung, daß nach einem Mißgriff eines Betriebsleiters oder Angestellten die Arbeiter plötzlich den Betrieb verlassen um Besprechung abzuhalten. Verwehrt man ihnen durch Polizeimaßnahmen das auch noch, dann sind sie natürlich erst recht empört und durch diese Verhinderung der friedlichen Verständigung käme es dann zum Ausstand. Die Polizei müsse wegen ihres Interesses an dem ungestörten Fortgang der Betriebe auf alle Fälle mehr Zurückhaltung üben. Genosse Gröbel betonte wiederholt und mit allem Nachdruck, daß doch noch viel mehr, als den Gewerkschaften, gerade den Behörden an einer raschen und friedlichen Beilegung der Arbeiterkonflikte gelegen sein müsse. Aber es nützte alles nichts.

Stadtrat Wurm erklärte zum Schluß: Es handle sich bei den Besprechungen doch um Versammlungen, für die die Bestimmungen des Generalkommandos gelten. Die Polizei müsse solche Anordnungen beachten.

Stadttheater-Volksvorstellungen und Teuerungszulagen.

Stadtv. Genosse Gröbel wünschte anläßlich der Beratung des Stadttheater-Etats, daß bei den Volksvorstellungen auch gelegentlich Opern gegeben werden. Denn in der arbeitenden Bevölkerung gebe es viel musikliebendes Publikum, wie das die Leistungen der Arbeitersänger-Chöre bewiesen hätten. Da genügend gute Opern honorarfrei seien, könnte die Theaterdeputation wohl darauf hinwirken, daß den geäußerten Wünschen nachgekommen werde

Stadtv. Genosse Emmer stellte und begründete einen Antrag, den Theaterangestellten, die weniger als 2000 Mark Monatseinkommen haben, in bedürftigen Verhältnissen leben oder große Familie haben, eine Teuerungszulage zu bewilligen, wie sie die städtischen Arbeiter und Angestellten erhalten.

Der Oberbürgermeister teilte mit, daß die Theaterleute nicht von der Stadt, sondern vom Direktor angestellt und bezahlt würden, daß also hier nichts zu beschließen sei. Im übrigen hätten die Künstler im Vorjahre Nachzahlungen zu ihren Kriegsgagen erhalten, was auch in diesem Jahre wieder zu erwarten wäre, da der Direktor sehr erfolgreich gearbeitet habe.

Nach kurzer weiterer Aussprache wurde der Antrag Emmer dem Theaterausschuß zur Vorberatung überwiesen. — Wie wir erfahren, hat die Direktion übrigens schon Zusagen gemacht, durch die sie den Theaterangestellten entgegenkommt.

Kleinere Vorlagen.

Die dem Hausgrundstück der Firma A. Huth u. Ko. gegenüberliegenden Grundstücke **Gr. Steinstraße Nr. 85 und Neunhäuser Nr. 3 sollen neu bebaut werden.** Drei Flächen von zusammen etwa 32 Quadratmeter werden fluchtlinienmäßig zur Straße freigelegt und müssen von der Stadt erworben werden. Die Regelung der Verkehrsverhältnisse an der Ecke selbst ist in der Weise in Aussicht genommen, daß grundbuchlich in Erdgeschoßhöhe ein Durchgangsrecht für das Publikum festgelegt wird, während die oberen Geschosse die auf dem freistehenden Eckpfeiler ruhen, scharfkantig — ohne Abstumpfung — hochgeführt werden. Es ist so den Verkehrsbedürfnissen Genüge geschehen, während andererseits ein gutes Stadtbild gesichert ist. Die fluchtlinienplanmäßige Eckverbrechung soll hier aufgehoben werden. — Gleichzeitig soll auch die westliche Eckverbrechung am ehem. Wertherschen, jetzt Huthschen Grundstück, Marktplatz Nr. 20, in Wegfall kommen. Die von der Firma Huth u. Ko. zu diesem Grundstück zu erwerbende Straßenparzelle von etwa 5 Quadratmeter Größe soll gegen eine gleich große Fläche des von den Grundstücken Gr. Steinstraße Nr. 85 und Neunhäuser Nr. 3 zur Straße entfallenden Landes ausgetauscht und die von den letztgenannten beiden Grundstücken mehr abzutretenden Flächen gegen Zahlung einer als angemessen zu erachtenden Pauschalentschädigung von 30 000 Mark erworben werden.

In Uebereinstimmung mit der Baudeputation wurde von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen, unter Aufhebung der Eckverbrechungen der Grundstücke Gr. Steinstraße 85 und Marktplatz 20 der neuen Festsetzung der Baufluchtlinien zuzustimmen, den Landaustausch Fläche gegen Fläche gutzuheißen und den Erwerb der von den Grundstücken Gr. Steinstraße 85 und Neunhäuser 3 zur Straße mehr abzutretenden Flächen gegen Zahlung eines Pauschalpreises von 30 000 Mk. — dreißigtausend Mark — zu genehmigen.

In Uebereinstimmung mit dem Kuratorium der Gas- und Wasserwerke wurde die Entnahme des Fehlbetrags von 220 000 Mark für den Ausbau der Beesener Heberleitungen I und II aus den in der Anleihe 1910 für Erweiterungen der Wasserwerke vorgesehenen Mitteln zu genehmigen.

Fräulein Marie Brauer hat 10 000 Mk. Kriegsanleihe für die Kriegshinterbliebenenfürsorge der Stadt Halle gestiftet. Es wurde beschlossen, die Stiftung anzunehmen.

Im Haushaltsplan des Gaswerks für 1916 sind für **Ankauf von Gaskohle** 862 300 Mk. vorgesehen. Dieser Betrag reicht infolge der Teuerung bei weitem nicht aus. Von den in den Monaten April bis Dezember 1916 beschafften Gaskohlen betrug zusammen 28 609 Tonnen zu 842 000 Mk., also 29,43 Mk. pro Tonne. Vorgesehen sind für das Geschäftsjahr 1917 insgesamt 33 166 Tonnen zum Durchschnittspreise von 26,— Mark pro Tonne. Der Durchschnittseinkaufspreis der Kohlen hat sich danach um rund 13 Prozent höher gestellt. Aber auch die vorgesehene Kohlenmenge mußte vergrößert werden da infolge des Umstandes, daß auch für Gasbereitung weniger geeignete Kohlen Verwendung finden mußten, die Ausbeute an Gas den Ergebnissen früherer Jahre nicht gleich kam. Die Mehrkosten werden sich, wenn es weiterhin gelingt, soviel Kohlen hereinzubekommen, daß der Betrieb der Gasanstalt uneingeschränkt aufrechterhalten bleiben kann, für das laufende Rechnungsjahr auf etwa 250 000 Mark belaufen. Dieser Mehrausgabe wird voraussichtlich eine Mehreinnahme für Koks, Teer und Ammoniak von rund 100 000 Mk. gegenüberstehen. Dazu kommt noch ein Betrag für Mehrverkauf von Gas gegenüber dem Etat, so daß das Gewinnergebnis des Gaswerks des laufenden Rechnungsjahres, obwohl der Einheitspreis für Gas trotz der gestiegenen Unkosten nicht erhöht ist, mit zirka 500 000 Mark nur um etwa 70 000 Mk. niedriger sein wird, als im Haushaltsplan vorgesehen ist. In Uebereinstimmung mit dem Kuratorium der Gas- und Wasserwerke wurde eine Verstärkung der Mittel des Gaswerkes für Ankauf von Gaskohle um 250 000 Mk., also auf 1 112 300 Mk., und zwar aus den Ueberschüssen des laufenden Jahres beschlossen.

Weiter wurde beschlossen, zu der Ludendorff-Geburtstagsspende der preußischen Stadt- und Landkreise, die den Zwecken **der fahrbaren Kriegsbücherei an der Front** dienen soll, 1000 Mk. zu spenden.

Neue Bekanntmachungen.

Bücklinge werden gegen Marke 12 jetzt bis zur Nr. 35 000 des Lebensmittelscheines abgegeben.

Der Eierverkauf beginnt morgen wieder mit der Nummer 1 bis 6000.

Sacharin darf im Monat März vorläufig nur ein Briefchen für jeden Haushalt abgegeben werden.

---

* **Die geheimnisvolle Mönchsprophezeiung.** In vielen Blättern, so auch im hiesigen General-Anzeiger, hat vor einigen Tagen ohne jede anzweifelnde Bemerkung eine Mönchsprophezeiung aus dem Jahre 1701 gestanden, die beim Abbruch eines Klosters in Wismar gefunden worden und unter Glas und Rahmen im dortigen Rathaus aufgehängt sein soll. Es ist, um für Leser, die etwa auf sie gestoßen sind, deutlich zu sein, in ihr eine Kriegsdauer von 3 Jahren 5 Monaten vorausgesagt, von selbstfahrenden Wagen ohne Pferde, feurigen Luftdrachen und ähnlichem mehr die Rede. Das Schriftstück, das bei einiger Aufmerksamkeit als Fälschung zu erkennen war, hat anscheinend viele Behörden zu Rückfragen an den Magistrat zu Wismar veranlaßt; denn dieser hat die Antwort gleich auf Vorrat drucken lassen. Ihr Inhalt ergibt, daß ein solches Wahrsageschriftstück in Wismar vollständig unbekannt und die Sache ein Schwindel ist. Da auch versucht worden ist, die Prophezeiung im Kolportagewege zu verkaufen, sei das Publikum vor dem Betruge gewarnt.

* **Ueber die freie Eisenbahnfahrt der Hilfsdienstpflichtigen,** die sich für das besetzte Gebiet gemeldet haben, wird mitgeteilt: Hilfsdienstpflichtigen, die sich zur Verwendung im besetzten Gebiet bereit erklärt haben, wird die freie Eisenbahnfahrt vierter Klasse vom Wohnort bis zur Kriegsamtstelle gewährt. Als Ausweis zur Erstattung des Fahrgeldes gilt der Anmeldeschein der Polizei- oder Ortsbehörde des letzten Wohnortes. Das Fahrgeld ist zunächst von dem Hilfsdienstpflichtigen zu verauslagen und wird nach Eintreffen bei der Kriegsamtstelle von dieser zurückerstattet.

* **Stadttheater.** Schneider Wibbel, die erfolgreiche rheinische Komödie, gelangt am Mittwoch noch einmal zur Aufführung. Der Donnerstag bringt eine Wiederholung der beliebten Oper Der Trompeter von Säkkingen, und für Freitag ist die Operette Brüderlein fein, hierauf das Ballett Die Puppenfee festgesetzt worden. — Ariadne auf Naxos von Dr. Richard Strauß gelangt in der bereits gemeldeten vollkommen neuen Fassung unter der Spielleitung von Leopold Sachse am Sonntag, dem 25. März, zur ersten Aufführung. Die musikalische Leitung dieser Aufführung liegt in den Händen des Kapellmeisters Oskar Braun.

* **Volkspark.** Morgen (Mittwoch) nachmittag findet wieder eines der beliebten Freikonzerte statt. Es wird ausgeführt von dem Streichquartett der Kapelle des Landsturm-Bataillons, das ein gewähltes Programm zum Vortrage bringt.

* **Ein Schwindler in Unteroffiziersuniform.** Am 25. Februar mietete sich ein angeblicher Unteroffizier in feldgrauer Infanterieuniform bei einer Witwe ein und gab an, daß er vom Volksblatt reklamiert und dort beschäftigt sei. Er ließ sich zwei Tage beköstigen und verschwand unter Mitnahme des Haus- und Vorsaalschlüssels. Schon am 21. Februar erschien der Beschreibung nach derselbe Unteroffizier bei einem Uhrmacher und gab an, daß er von dem Inspektor eines Hilfslazaretts geschickt sei, um eine Stellung zu erhalten. Da der Uhrmacher gerade einen Gehilfen benötigte, nahm er den Unteroffizier an. Dieser gab vor, aber erst nach Kempten fahren und seine Zivilsachen und sein Werkzeug holen zu müssen, und bat sich zu diesem Zwecke 15 Mk. Vorschuß aus, den er auch erhielt. Am 25. Februar traf der Uhrmacher den Unteroffizier in einer Schankwirtschaft, und auf Befragen gab er an, daß er von der Reise zurück sei und etwa 46 Pfund Fleisch mitgebracht habe; am 26. Februar werde er die Stellung antreten. Er hat auch hier nochmals um einen Vorschuß von 3 Mk., den er ebenfalls erhielt. Seine Stellung hat er aber nicht angetreten und ist seitdem spurlos verschwunden. Der Betrüger wird beschrieben: Angeblich Otto Fehr aus Föhre, 25 bis 30 Jahre alt, 1,65 bis 1,68 Meter groß, dunkelblondes bis schwarzes, in der Mitte glatt gescheiteltes Haar, schwarzer Schnurrbart, gesundes, knochiges Gesicht und auf der Mitte des Kopfes Glatze. Angeblich wollte der Täter, der das Band zum Eisernen Kreuz trug, bei der 4. Komp. Inft.-Regt. 22, 5. Res.-Division 2c, Maschinengewehrabteilung, gedient haben. Er sprach bayerischen Dialekt und trug zu der feldgrauen Uniform eines Infanterieunteroffiziers Wickelgamaschen, gelbe Schuhe und Infanterieschirmmütze. Meldungen über die Person des Täters nimmt die Kriminalpolizei in Halle zu den Akten PVa 1258/17 entgegen.

* **Eine schwere Betriebsstörung** der elektrischen Straßenbahnen entstand gestern in der Merseburger Straße. Ein Lastfuhrwerk geriet mit dem Vorderrad in einen mit Glasdecke verschlossenen Kanal, wo es sich durch das Zersplittern der Glasscheibe derartig festklemmte, daß erst nach längerer Zeit, während der der Straßenbahnverkehr stockte, eine Beseitigung des Hindernisses möglich wurde.

* **Wem gehören die Bücher?** Am 3. März nachm. gegen 5½ Uhr sind in der Toreinfahrt der Moritzburg fünf neue eingebundene Reklambücher, enthaltend Romane des ungarischen Schriftstellers Maurus Jokai und Dickens Londoner Skizzen, aufgefunden worden. Es muß angenommen werden, daß die Bücher aus einer Straftat herrühren. Wer über die Herkunft der Bücher Auskunft zu geben vermag, wird ersucht, sich bei der Kriminalpolizei, Dreyhauptstraße 6, Zimmer 38, zu melden. Dort liegen auch die Bücher zur Ansicht aus.

* **Gefunden.** In der Zeit vom 1. bis 15. März sind bei der Polizei als gefunden abgegeben oder angemeldet worden: 7 Geldtäschchen mit Inhalt, 3 goldene Damenuhren, 1 Damenschirm, 1 kleines Schreibzeugtäschchen, 1 Frauenrock, 1 Muff, 1 buntes Tuch, 1 Kinderhalskette, 1 Frühstückstasche mit Inhalt, 1 alter Lederschuh, 1 Briefumschlag mit Briefmarken und Postkarten, 1 Lederbeutel mit Inhalt, 1 Sack, 1 Geldschein, 2 Handbeutel mit Inhalt, 1 Quittungsbuch, 1 Kasten mit Schreibmaschine und mehrere Schlüssel. Die unbekannten Eigentümer der betr. Gegenstände werden aufgefordert, ihre Rechte innerhalb 6 Monaten im Polizeiverwaltungsbureau, Dreyhauptstraße 6, Zimmer 100, geltend zu machen.

Die Kreisfleischstelle teilt mit: Gemäß der Verordnung über die Fleischversorgung im Saalkreise kommen in der Woche vom 19. März bis 25. März als Wochenmenge etwa 250 Gramm Fleisch und Wurst auf den Kopf der Bevölkerung zur Verteilung. Die Abgabe von Eingeweideteilen ist verboten. Die hieraus hergestellte Wurst wird auf die Fleischmenge angerechnet. Die Schwerstarbeiter finden nicht besondere Berücksichtigung.

Verantwortlich für: Politik, Wirtschaftspolitik und Parteinachrichten Paul Hennig; Unterhaltungsbeilage, Gewerkschaftliches und Allerlei Karl Bock; Halle und Saalkreis und Aus der Provinz Wilhelm Koenen; Anzeigen Wilhelm Herzig; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170320-19/fragment/page=0003

Walhalla-Theater.

Anfang 8 Uhr.

„Blatzheim"

der Meister des Kölner Humors.

Wieder ein großer Erfolg!

„Eine Leutnantswohnung"

Posse in 3 Akten von B. Fernand.

Blatzheim als Bursche Bollig.

— Der Gipfel der Komik. —

4526 Tageskasse von 10 bis 1½ und 4 bis 6 Uhr.

Volkspark Burgstr. 27.

Morgen, Mittwoch, 21. März nachmittag:

Frei-Konzert.

4520 Die Geschäftsleitung.

Paul Leuschner, Halle a. d. S., F.

Zigarren- und Zigaretten-Versand,

Hauptgeschäft Mittelwache 9-10. Fernruf 2087. Zweiggeschäft Harz 50.

Engros-Vertrieb der Zigaretten-Fabriken Venidze, Eckstein, Manoli, Union, Reunion etc.

☞ Zigarren nur erster Firmen. ☜

Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer. — Versand nach auswärts.

☞ Nur noch bis Donnerstag. ☜

Alte Promenade 11a Fernspr. 5738. **U.T.** **Leipzigerstrasse 86** Fernspr. 1224.

Unsere Gegner über sich selbst in dem grossen Filmwerk:

Passionels Tagebuch

— 5 Akte. —

Nach den eigenhändigen Aufzeichnungen eines gefallenen französisch. Landwehrmannes

Auch für Jugendliche geeignet.

Ikarus

— Ein Drama in 4 Akten. —

Nach dem berühmten Roman „Mikael" von Hermann Bang.

Spielleiter: Maurits Stiller.

Walzernacht

Erstklassiges Lustspiel in 3 Akten. 4530

In beiden Theatern:

Die neuesten Kriegsberichte.

Die Beisetzungsfeierlichkeiten des Grafen Zeppelin.

Konzerthaus „Oberpollinger".

Ecke Gr. Ulrichstrasse. Jägergasse 1.

Neue Kapelle. Täglich: Gr. Künstler-Konzert Neue Kapelle.

des beliebten Damen-Trompeterkorps: **Alt-Leipzig.** 9696

Um regen Zuspruch bittet Frau Elsa Beth.

Ansichts-Postkarten empfiehlt Die Volksbuchhandlung.

Apollo-Theater.

Täglich **Punkt** 8 Uhr:

Hartstein

in seinem besten und vornehmsten Schlager:

Der lustige Witwer.

Burlesk. Schwank aus dem Köln. Karneval von Wilhelm Hartstein.

Vorher: 4522

Das neue, elegante Programm.

Filz- und Leder-Schuhwaren in jeder Ausführung. 3605

— Vorteilhafte Preise. — Grosse Auswahl. —

Im Kaufhaus H. Elkan, Leipzigerstrasse 87.

Siegreich brennende **Kriegs-Zigarren** in **Feldpostbriefen** (fünf Zigarren oder dreissig Zigaretten portofrei) empfiehlt in bekannter Güte

J. Sanow

Nachf. (H. Spengler), Geiststrasse 5. †

Stadt-Theater Halle

Direktion: Leopold Sachse.

Mittwoch den 21. März 1917:

Schneider Wibbel.

Komödie in fünf Bildern 4518 von Hans Müller-Schlösser.

Donnerstag den 22. März 1917:

Der Trompeter von Säkkingen.

Moden-Zeitungen in grosser Auswahl.

Volksbuchhandlung Halle (Saale), Harz 42/44.

Parteischriften empfiehlt: Volksbuchhandlg.

Leipzigerstraße **17.** Leipzigerstraße **17.**

Nachdem die

Annahmestelle der Kleider-Verwertung

für den Stadtkreis Halle

in Tätigkeit getreten ist, hat sie die Arbeit im Dienste des Vaterlandes begonnen und wir richten an die Besitzenden unter unseren Mitbürgern von Stadt und Land die eindringliche Bitte:

„Sehet Eure Schränke nach"

und gebt die getragenen Kleidungsstücke, Wäsche und Schuhwaren für Herren, Damen und Kinder an uns ab.

Die neuen Waren müssen gestreckt werden

und es gilt auch den **Minderbemittelten** durch **Lieferung billiger Kleidungsstücke** über die schwere Kriegszeit hinweg zu helfen. Wir helfen an dieser Aufgabe und dienen dem Gemeinwohl, denn wir arbeiten ohne Gewinn; man helfe also auch uns!

Bei entsprechend guter Verwendbarkeit der abgegebenen Stücke wird Bezugschein ausgestellt für neue Ware.

Geschäftszeit 9—1 und 3—6 Uhr.

Annahmestelle der Kleider-Verwertung für den Stadtkreis Halle. 4529

Konfirmations-Karten, Karten zur Jugend-Weihe

in großer Auswahl.

Zu beziehen durch die

Volks-Buchhandlung

Halle a. d. S., Harz 42/44.

Gardinen weiß und creme, 4516 **Portieren** vom Stück und abgepaßt, **Teppiche** 8.75—68 M. preiswert im Kaufhaus **H. Elkan,** Leipzigerstraße 87.

Deutscher Bauarbeiter-Verband, Zweigverein Halle.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am 18. März unser Verbandsmitglied, der Maurer

Adolf Felsberg

aus Büschdorf,

nach langem, schweren Leiden im Alter von 62 Jahren verstorben ist. 4527

Ehre seinem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Familien-Nachrichten.

Unsere Hoffnung auf ein Wiedersehen ist vernichtet!

Nach 6 Monaten langem Bangen und Warten erhielten wir die traurige Nachricht, daß mein über alles geliebter Mann und guter Vater seiner drei Kinderchen, mein lieber Sohn, Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Reservist

Friedrich Birke,

im Inf.-Reg. Nr. 66, 3. Komp.,

im blühenden Alter von 28 Jahren den Heldentod gefunden hat. *1698

Sennewitz und Löbnitz, 20. März 1917.

Die tieftrauernde Gattin

Marie Birke geb. Rackwitz

nebst Kindern und allen Angehörigen.

Es ist bestimmt in Gottes Rat, daß man vom Liebsten, was man hat, muß scheiden!

Rabatt-Spar-Verein, Halle

(E. V.) (E. V.)

Die

Ordentl. Mitglieder-Versammlung

findet **Freitag, den 23. März ds. Js., abends 8½ Uhr im Saale des Restaurants „Mars-la-Tour"** statt, wozu wir unsere Mitglieder ergebenst einladen.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftsbericht. 2. Kassenbericht. 3. Revisionsbericht und Entlastung. 4. Wahl von Vorstands-Mitgliedern. 5. Wahl von Revisoren.

4528 **Der Vorstand.**

Eintritt gegen Vorzeigung der Mitgliedskarten.

Nach kurzem, schweren Leiden entschlief sanft mein lieber Mann, unser herzensguter Vater, Schwieger- und Grossvater, der Gastwirt

Gustav Höser.

Dies zeigen tiefbetrübt an

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Familie **Höser.**

Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittags um 3 Uhr vom Nord-Friedhof aus statt. 4517

Verband der freien Gast- u. Schankwirte Deutschlands, Zahlstelle Halle (S.).

Sonntag, 18. d. Mts., starb infolge eines Gehirnschlages unser lieber Kollege, der Gastwirt

Gustav Höser.

Er war uns ein lieber Kollege und werden wir sein Andenken in Ehren halten! 4525

Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittags 3 Uhr vom Nord-Friedhof aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191703 20-19/fragment/page=0004

Halle, 20. März.

Unterhaltungs-Beilage

des Hallischen Volksblattes.

Nummer 67 — 1917

33]

Der arme Buchbinder.

Roman von Hermann Horn.

Nachdr. verb.

Trotzdem ließ sich der Gefangene am nächsten Tage zu dem Landgerichtsrat führen, der der Vorstand dieses Untersuchungsgefängnisses war.

Es war ein grämliches und verbissenes Männchen, mit verrunzeltem Gesicht, kahlem Kopf und grauem Backenbart.

„Was wollen Sie?" herrschte er ihn an, und blickte über seine Brille und einem aufgehobenen Aktendeckel zu ihm herüber.

„Entschuldigen Sie," sagte der Buchbinder, „ich wollte mir erlauben, zu fragen, wegen meiner Revision."

„Wegen so etwas müssen Sie mit Ihrem Rechtsanwalt konferieren."

„Aber — —"

„Haben Sie sich zu beschweren über etwas?"

„Nein —"

„Haben Sie eine Bitte vorzutragen?"

„Nein —"

„Also — was wollen Sie dann von mir? —"

„Mein Fall ist falsch behandelt worden — das heißt, ich —"

„Von Ihrem Fall will ich gar nichts wissen — das geht mich nichts an, und interessiert mich nicht. — Wärter, führen Sie den Gefangenen wieder zurück in seine Zelle, und in Zukunft bitte ich mir aus, daß ich nicht wieder mit solchen Angelegenheiten belästigt werde. Sie sind lange genug im Dienst, um sich in solchen Sachen wenigstens auszukennen."

„Ich," wollte der Wärter beginnen, sich zu entschuldigen.

„Schweigen Sie," fuhr ihn aber das verbissene Männchen an, „führen Sie den Gefangenen jetzt ab."

„Vorwärts," sagte der Wärter, als sie in den Gang gekommen waren, und stieß den Verurteilten in den Rücken, wie er ihm nicht rasch genug ging. „Wegen euch Bande soll man sich noch ausschimpfen lassen."

Der Buchbinder wollte auffahren, fraß es aber hinunter.

Nun wollte er doch lieber eine Broschüre schreiben.

Als er aber in seiner Zelle saß, kam eine furchtbare, unbändige Wut über ihn.

Sie legte sich im Laufe des Tages, nachdem er die Erklärung abgegeben hatte, er werde keine Revision einlegen, und man ihm eröffnet hatte, daß er dann den nächsten Tag ins Landesgefängnis übergeführt werde.

Am Abend verfiel er in ein finsteres, erschreckliches Brüten, daß er jetzt vor allen Menschen dieses Untier sei, dieser Narr, dieser arme, dumme Kerl, oder was alles an Fetzen aus der Verhandlung vor ihm auftauchte.

Und dagegen erwachte nun wieder der Trotz zum Leben.

Das Landesgefängnis, in das der nunmehrige Strafgefangene Leopold Stettner eingeliefert wurde, stand vor einem kleinen Städtchen am Berge. Eine Landstraße zog neben einem Flüßlein vorüber und daran lag es mit seinen kleinen Fensterchen in den dicken Mauern, stumm und verschlossen wie eine alte Zitadelle.

Ein Wagen, von Sträflingen gezogen und von einem Wärter begleitet, fuhr aus dem Tor, als der neue Gefangene eintrat und den öden Sandhof überblickte.

„So — so," sagten die Wärter, „das ist der — Also bloß ein Rindvieh," fügte einer hinzu.

Der Gefängnisdirektor war ein moderner und eifriger Mensch. Er ließ sich die eingelieferten Strafgefangenen kommen und sprach mit ihnen.

„Die Zeitungen haben viel von Ihrer merkwürdigen Tat geschrieben, Stettner, und der Oberlandesgerichtsrat scheint sie mild aufgefaßt zu haben und zu glauben, daß noch nicht alles bei Ihnen verloren ist. Sie sind jetzt hier, um zu büßen, und wenn Sie sich gut führen, werden Sie bald merken, daß wir nicht strafen, sondern bessern wollen und Sie durchaus als Menschen betrachten, der wieder fürs Leben fähig gemacht werden soll."

Der wohlwollende Herr, denn alle Welt in Deutschland ist gegenwärtig wohlwollend, erhob sich und näherte sich dem armen Buchbinder, der mit zu Boden gesenktem Blicke vor ihm stand.

„Wollen Sie uns dabei behilflich sein, Strafgefangener Stettner, so geben Sie mir die Hand darauf."

Leopold Stettner streckte erschrocken und mechanisch seine Hand aus und nahm die dargebotene des Beamten.

„Nun, warum schauen Sie mir nicht ins Gesicht? —"

„Schon —" erwiderte der Angeredete und entdeckte, mit den Augen langsam emporschauend, einen gräulichen Bart, in dem ein großer Mund mit etwas bläulichen Lippen nicht zu verbergen war. In einer merkwürdigen Weise war er sprechbereit etwas geöffnet, daß man die Zunge ungewiß und breit und tierisch, wie sie zum Essen und zum Schwätzen dient, darin gewahrte.

Weiter oben waren blitzende Brillengläser.

Da entfuhr es dem Buchbinder unvermittelt: „Wie soll ich mich bessern?"

Der Gefängnisdirektor runzelte die Stirne und sah in einer eingetretenen Pause scharf und prüfend auf den vor ihm stehenden Mann.

„Nun, Strafgefangener, Sie sind nicht hier, um mit mir zu diskutieren. Sie haben gestohlen und müssen die Folgen tragen. Sie werden schon sehen, wie es hier zugeht. Wir üben keinen geistigen Zwang aus, aber mit dem Bibelworte „Bete und arbeite" werden Sie schon zurecht kommen und sich bessern können. Vielleicht sind Sie später einmal froh, hierher gekommen zu sein. Was wäre aus Ihnen geworden, wenn Ihnen alles gut hinausgegangen wäre. Wenn Sie diese Stunde und Ihr Versprechen nicht vergessen, ist noch gar nichts verloren. Halten Sie sich für sich, arbeiten Sie und gehen Sie in sich, dann werden Sie sicher zu Grundsätzen kommen, die besser sind wie Ihre früheren. Es sind manche Gefangene hier, die ernst an sich arbeiten. Merken Sie sich das."

Darauf läutete er und ließ den Gefangenen abführen.

*

Die Gefängnisverwaltung war bestrebt, wie andere Besserungsfähige so auch Leopold Stettner möglichst von dem ansteckenden Verkehr mit der Masse der Gefangenen zu bewahren. Man gab ihm Buchbinderarbeit des Tages über, nachts aber kam er mit einem andern Sträfling zusammen, weil man immer noch einen neuen Selbstmordversuch fürchtete.

Am ersten Abend legte sich der Buchbinder auf seine Pritsche mit der festen Absicht, sich nicht um seinen Mitgefangenen zu kümmern.

Er hörte ihn zuerst auch nur in gewissen Zeiträumen behaglich seinen Priem ausspucken.

„Na, Jungelchen, denkst de an die schöne Sängerin mit die viele Freunde?" begann der Sträfling dann das Gespräch. „Junge, ick, wenn ick du jewesen wäre — was war's denn vor 'n Mensch — — —? So erzähl' doch wat von ihr — so wat kannst de hier ja nie hören oder sehen —"

Als der Kerl keine Antwort bekam, sprang er auf und beugte sich über seinen neuen Zellengenossen und setzte sich auf dessen Pritsche.

Da mußte der Buchbinder in des Sträflings Gesicht sehen, denn es war noch hell am Sommerabend. Es war grünlich gelb in der Farbe und knochig. Die Nase war groß und platt und die Augen dunkel, klein und tiefliegend.

„Ja — ja," sagte er und setzte sich besser zurecht, „keene Bange, ick beiße nich Ick habe deine Sache jelesen, verstehste? — Mich können se alle jut leiden hier — ick kann machen, wat ick will — mir halten se vor'n Jeretteten — und man bloß, weil ick schlau bin. — Ick lecke de Wärter de Stiewel ab, wenn 't sein muß. Aber dat is man allens nur Schlauheit — sonst kommste hier nich fort. Und wenn de nicht 'n Priem und 'n bißchen besser Essen kriegst und zu 's Arbeiten ins Freie hinauskommst und wat reden kannst, denn is nich zum aushalten hier."

„Du bist ja wohl janz junges Jemüse," fragte er mit einem kleinen Lachen — „he — he —?"

(Fortsetzung folgt.)

Unter dem Donner der Kanonen.*)

Der Krieg wirft alle Schranken gewohnter Ordnung über den Haufen. Er durchbricht mit reißender Gewalt den Damm der Sitte. Wo Millionenheere kämpfend aufeinanderstoßen, Menschenleben in Scharen vernichtet werden, Artillerie aus kilometerweiter Entfernung verwüstende Geschosse herüberschleudert, in wechselndem Zuge befreundete und feindliche Truppenmassen hausen, wo alles nach den Bedürfnissen der Krieger eingestellt werden muß, Menschen, Wagen und Rosse die Fluren zerstampfen, in der Runde Rauch- und Feuersäulen aufsteigen, Behausungen und Anwesen in Asche zusammensinken: da bricht auch die Grundlage der gesellschaftlichen Ordnung! Wenn Menschen vor Angst und Grauen den Heimatort verlassen, irgendwohin fliehen, wenn in wildem Trubel Zusammengehörige auseinandergerissen werden, dann sind die Bande des Familienlebens ebenfalls gesprengt. Recht und Gesetz werden vogelfrei. Der Aufruhr aller Sinne, die Erschütterung der Nerven, inmitten des Schauerlichen, der Not und Verzweiflung, wirken wie niederreißende Kräfte, die das Gebäude der sittlichen und gesellschaftlichen Gewohnheiten zusammenbrechen lassen. Fehlt dann auch noch der Wächter der öffentlichen Ordnung, der bislang drohend Wache hielt, dann erwachen die meist nur durch Furcht gebändigten niederen Instinkte zu wilden Trieben; die im Frieden wie Treibhauspflänzchen gehegte Redlichkeit und Ehrlichkeit verkümmert! Manchen zwingt der Hunger, sich fremdes Eigentum anzueignen. Das ist sittlich nicht verwerflich. Die Lehre der katholischen Kirche zwingt den Darbenden sogar zu solcher Handlung, wenn er anders nicht seine eigne oder seiner Angehörigen Gesundheit vor erheblicher Schädigung schützen kann, denn Selbstmord und Lebensverkürzung jeder Art ist eine der Todsünden, die zur Verdammnis führen. Von der berechtigten Selbsthilfe will ich jedoch nicht reden, überhaupt keine Frage der Sittlichkeit erörtern, denn alle Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens wurzeln in den Verhältnissen, die den Menschen umgeben und ihn in seinen Handlungen beeinflussen. Lassen wir also die Sitte als Wertungsmaß von Gut und Böse vollständig beiseite. Wir sehen Tatsachen als Folgen bestimmter Vorgänge, finden, ob sie erfreulicher oder unerfreulicher Art sind, geben uns Rechenschaft darüber, ob man die Ursachen bekämpfen oder fördern soll.

Oeffnet sich der Ordnungskäfig, den Furcht vor Strafe und Scheu vor dem Urteil der Sippe geschlossen hielt, reißen erschütternde Ereignisse, wie ein Weltkrieg, seine Törchen auf, dann springt eine größte Anzahl von ungezählten Wildlungen, als sonst üblich, in die Gesellschaft hinein. Unehrlichkeit und Habsucht breiten sich wie eine Seuche aus. Die Geschöpfchen von Vater und Mutter Urtrieb wachsen schnell heran und mehren sich. Das erlebten wir auf beiden Seiten der nationalen Grenzen. Drüben, im Osten, wucherten die Gebresten am Volkskörper kräftiger noch als in Deutschland; das konnte nicht anders sein. Im russischen Gebiet wurde die alte Ordnung auf einmal in viel größerem Umkreis und gründlicher als bei uns gestört. Dabei dauerte dort die Unordnung länger als auf dem ostpreußischen Kriegsschauplatze. Das sind schon erheblich verschlimmernde Umstände. Hinzu kommt, daß die Zustände im russischen Gebiet sehr viel auf Selbsthilfe in jeder Form beruhen. Der Willkür von oben wirkt der rollende Trinkgeldrubel entgegen. Trotz der russischen Gewaltherrschaft gibt es in Rußland in mancher Beziehung mehr Freiheiten als in Deutschland. Der Mann mit dem großen Geldbeutel kann fast alle Gesetze zu seinem Gunsten drehen lassen; der einfache, arme Untertan besticht Polizisten und Beamte, die ihn dafür Verbotenes tun lassen. Solche Zustände bilden die allgemeine Auffassung von Ordnung und Moral. Die deutschen Verwaltungsbeamten im besetzten Gebiet hatten in der ersten Zeit mit der alten Gewohnheit viel zu kämpfen. In der üblich gewordenen Selbstverständlichkeit kamen Händler und versuchten, durch das Angebot von Rubelscheinen das Recht zu erwirken, Vorschriften und Verordnungen übertreten zu dürfen. Die Leute waren verblüfft, als sie geschlossene Hände fanden und die Androhung vernahmen, daß in Zukunft jeder Bestechungsversuch schwer bestraft würde. Das widerspricht der guten alten Regel. Die bisherigen Landesgebräuche sowie die allgemeinen Erwerbsverhältnisse muß man natürlich bei der Würdigung des Verhaltens der Bevölkerung berücksichtigen.

In den letzten Augusttagen 1914 hörte ich in West- und Ostpreußen einige Klagen über das Versagen von Beamten. In manchen Orten hatten sie ihre Posten verlassen; die Einwohner blieben auf sich selbst angewiesen. Quartiermeister stießen nicht selten auf Schwierigkeiten. Polizisten, Geistliche und höhere Verwaltungsbeamte brachten sich in Sicherheit, als die Gerüchte das weitere Vordringen der Russen meldeten. Diebeslüsterne fanden schon reichlich Gelegenheit zu Einbrüchen.

Schlimmer noch gestalteten sich die Verhältnisse in dem von den Russen besetzten, später von ihnen unfreiwillig verlassenem Gebiet. In Rastenburg erzählte mir ein Amtmann, daß ein ganzes Rudel von Dieben und Einbrechern das Land durchstreife, verlassene Wohnungen und Gehöfte ausplündere. In seinem Ort sei auf der Jagd nach einheimischen Spitzbuben einer von ihnen und ein Polizist erschossen worden. Dergleichen Klagen vernahm ich auch in Ortelsburg, Insterburg, Neidenburg, Goldap, Margrabowa und in anderen Orten. Diebstahl und Plünderei wurden eine vielbenutzte Erwerbsgelegenheit. Sicher war sehr oft die unmittelbare Not der Anlaß, sich durch solche Art vor Hunger und sonstiger Lebensnot zu schützen. Die Bedrängten verübten Handlungen der Selbsthilfe. Im großen Umfange jedoch war Bereicherungssucht der Antrieb zu Plündereien. Wurden Möbel und Luxusgegenstände später in fremden Wohnungen aufgefunden, dann erklärten die neuen Besitzer mit unschuldsvoller Miene wie nach Verabredung: wir haben die Sachen gerettet, um sie nachher dem rechtmäßigen Eigentümer zurückzugeben! — In Rominten hatten sich verschiedene Leute ebenfalls mit besseren Einrichtungen aus Nachbars Wohnungen versehen; nach ihrer Versicherung waren sie dazu berechtigt gewesen, denn die Russen hätten ihnen gesagt: Rominten bleibt russisch. Es gibt hier nun keinen Herrn mehr; alles Eigentum gehört euch; aus den verlassenen Häusern könnt ihr alle herausnehmen! — Solche Kunde war so verlockend, daß man ihr nicht ungern Glauben schenkte.

Viele Vorwürfe jedoch, die gegen Flüchtlinge erhoben wurden, entbehren nach meiner Ansicht der Berechtigung. Man beschuldigte sie, verlassene Wohnungen nicht nur bezogen zu haben, was ihnen nicht übelgenommen werden könne, sie hätten in vielen Fällen jedoch auch Möbel und andere Einrichtungen zerstört, kaputgeschlagen, allerlei Gegenstände, Vieh, Nahrungs- und Futtermittel mitgenommen. Man muß sich in die Lage versetzen, um ihnen nicht Unrecht zu tun. Ich sah sie mit wenig Hausrat draußen liegen, im Regen und Sonnenbrand, bei Tag und bei Nacht, ganze Familien mit alten, kranken Leuten, kleinen Kindern und schwangeren Frauen. Nicht wenige starben in Not und Angst auf der Flucht vor der Kriegsfurie. Daß solche bedauernswerte Menschenkinder die Scheu vor dem fremden Eigentum abstreifen, wenn sie mal irgendwo Unterschlupf fanden, daß sie nahmen, was sie gebrauchen konnten, daß sie herrenloses Gut als eigenes betrachteten, wo das Ererbte und Erworbene Kriegsbeute geworden war, ist menschlich erklärlich. Empörung hat wirklich keine Berechtigung, das um so weniger, wenn Flüchtlinge auch noch über unfreundliche Behandlung und hohe Preise zu klagen hatten. So hörte ich in den ersten Wochen des Flüchtlingselends, daß Frauen ein Glas Milch für ihre Kinder mit 15 und 20 Pf. bezahlen mußten.

Schon gleich zu Beginn des Krieges schoß der Wucher mit Lebensmitteln üppig ins Kraut. In Insterburg sah sich die Militärverwaltung veranlaßt, für die Beköstigung der Armierungssoldaten in der Kaserne eine eigene Mästerei und einen Schlachtbetrieb einzurichten, um den Fleischern nicht die von ihnen geforderten hohen Preise zahlen zu müssen, die mit den Viehpreisen nicht im Einklang standen. Auf den Märkten übernahmen die Händler von armen rat- und hilflosen Flüchtlingen Nutz- und Schlachtvieh, das sie selbst nicht füttern konnten, um ein Spottgeld und verkauften es wieder für einen vielfach höheren Preis. Schon damals ist mancher Viehhändler ein schwerreicher Mann geworden. Um ihrem schädlichen Treiben zu steuern, verboten später die Militärbehörden den freien Handel mit Vieh.

Betrugsfälle kamen auch bei der Anmeldung von Kriegsschäden vor. An der Düna erzählte mir in einem Stabsquartier ein Feldwebelleutnant aus seinem Ort ein nettes Beispiel. Ein Besitzer hatte 1700 Mk. Entschädigung für angebliche Feldverwüstung angemeldet. In der Kommission, die sich mit der Sache zu beschäftigen hatte, hielt man die Forderung für zu hoch. Jemand schlug vor, 1000 Mk. zu bewilligen; ein anderer meinte, so willkürlich dürfe man nicht verfahren, es bestünde doch die Möglichkeit, daß die Forderung dem wirklichen Schaden entspreche. Es wurde beschlossen, einem Sachverständigen die Abschätzung der Waldverwüstung zu übertragen. Die angestellte Ermittlung ergab, daß die wirklich angerichteten Beschädigungen mit 85 Mk. gut bezahlt seien. —

Die gleichen Erscheinungen zeigten sich im besetzten russischen Gebiete. In vielen Orten Kurlands erzählte man mir, Raub und Diebstahl, von Einheimischen verübt, sei eine größere Plage geworden als das Requirieren durch Soldaten. Ein Pfarrer gab folgende, von andern Personen bestätigte Schilderung der Zustände: Bauern, Pächter und Landarbeiter organisierten das Plündern. In Banden zogen sie hinter den abziehenden Russen und nachrückenden Deutschen her, räumten verlassene Wohnungen aus, schleppten fort, was ihnen in die Hände fiel; einzelne Leute nahmen fremde Anwesen in Besitz, erklärten sie als ihr Eigentum oder ihr Pachtgut, für die sie Miete bezahlt hätten. Sie ernteten ein, verkauften Vorräte und Einrichtungen, ohne den angenommenen Arbeitern den verdienten Lohn zu zahlen. Sie verschwanden, wenn nichts mehr zu verdienen war.

Als die Deutschen wieder eine Verwaltung eingerichtet hatten, bereitete ihnen die Klärung der Rechtsverhältnisse und das Eindämmen der Einbruchsdiebstähle die größten Schwierigkeiten. In Schaulen und Kowno sah ich unmittelbar nach dem Abzuge der Russen Einheimische in Scharen plündern. Feine Schuhe, Kleider, Stoffe, Musikinstrumente, Hutfedern usw. schleppten sie bergeweise fort! — Die einziehenden Soldaten mußten sich in Kowno beeilen, wenn sie ihre auf langen Märschen und bei mangelndem Nachschub geleerten Tornister durch Einkäufe wieder füllen wollten. Nach wenigen Tagen waren Hunderte von Läden der vertriebenen Juden vollständig ausgeplündert. In Libau, Wilna und anderen Städten, wo die Verwaltungen ihre Posten nicht verlassen hatten, kam es weniger zu öffentlichen Massenplünderungen. Aber auch hier gehörten Diebstähle zu den alltäglichen und allnächtlichen Ereignissen.

Am tollsten gestalteten sich die Verhältnisse dort, wo die Armut am größten und das Ordnungswesen am geringsten entwickelt war. So in Teilen Polens und Litauens. Schon in Friedenszeiten bildeten hier Mörder- und Räuberbanden den Schrecken einsam wohnender Landleute. Bald nach der Besetzung hörte man abermals von neuen Schreckenstaten. Den deutschen Behörden glückte es, mehrere solcher Verbrecherbanden abzufassen.

Die Lebensmittelwucherer arbeiteten drüben mit den gleichen schäbigen Praktiken zu wucherischen Zwecken wie in Deutschland. Schon in Suwalki bemerkte ich — es war im Winter 1915 — daß die Händler immer nur wenig Waren im Laden hatten. Sie hielten größere Vorräte verborgen, um den Anschein zu erwecken, als sei nichts mehr zu haben. So konnten sie die Preise in die Höhe schrauben. Die gleichen Beobachtungen machte ich an anderen Orten. Eier, die kurz vorher 3 und 4 Pf. gekostet hatten, mußten bald mit 15, dann mit 20 und mehr Pfennig bezahlt werden. In Wilna forderten Händler im Herbst 1915 für ein Pfund Weißbrot 1 Mk. bis 1,50 Mk. Für Butter wurden 3 bis 4 Mark verlangt. Händler fingen Bauern ab, die Lebensmittel in die Stadt bringen wollten, dann wurde die Ware versteckt. So erzielte man künstlich einen Mangel, der die tollsten Preisforderungen rechtfertigen mußte. Sobald Höchstpreise festgesetzt wurden, verschwanden die Vorräte. Vielfach waren sie dann nur noch in Hinterstuben zu viel höheren Preisen als die festgesetzten zu bekommen. Ueberall Wucher, überall Ausbeutung. Am meisten hatten darunter naturgemäß die Armen und die Soldaten zu leiden. Manche Ausschreitung ist auf das böse Treiben der Händler zurückzuführen. Aus Empörung über die unverschämten Wuchereien, und weil man aus Mangel an Geld nicht kaufen konnte, wurde gestohlen und geplündert.

Da im russischen Gebiete der Handel fast ausschließlich in den Händen von Juden liegt, haben die Zustände viel zur Stärkung des Antisemitismus in den Kreisen der Soldaten beigetragen. In Kurland hörte ich jedoch fast nur Lob über die dort früher ansässigen, jetzt fast restlos von den Russen vertriebenen Juden.

Wilhelm Düwell.

*) Der vorstehende Aufsatz ist ein Abschnitt eines demnächst bei Eugen Diederichs in Jena erscheinenden Buches: Vom inneren Gesicht des Krieges von Wilhelm Düwell.

Humor und Satire.

Sonntagsruhe. Dorfschullehrer: „Heut ist der Herr Pfarrer krank, da fällt gleich der Vor- und Nachmittagsgottesdienst aus. Wenn nun mittags keine Sonntagsschule, um 4 Uhr keine Raiffeisen-Sitzung und abends keine Gemeindeversammlung wäre, hätte ich beinahe den ganzen Sonntag frei!"

(Jugend.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170320-19/fragment/page=0005
DFG

Aus der Provinz.

Gegen das Anwerben weiblicher Arbeitskräfte auf dem Lande für die Industrie.

Amtlich wird bekanntgegeben:

Industrielle Unternehmer, kriegswirtschaftliche Werkstellen, kurzum alle städtischen Betriebe, versündigen sich am Vaterland, wenn sie jetzt noch immer Frauen vom Lande anstellen oder gar durch Agenten anwerben lassen. Jeder Unternehmer muß sich sagen, daß er durch die Einstellung von ländlichen Arbeitskräften sich selbst schädigt, denn er entzieht der Landwirtschaft die Kräfte, die für seine und seiner Arbeiter Ernährung zu sorgen haben! Die Frau vom Lande ist für den Unternehmer eine ungelernte Arbeiterin wie jede andere, für die Landwirtschaft aber ist sie Facharbeiterin und unersetzlich! Daher noch einmal: kein Anwerben der Frauen auf dem Lande durch Agenten, kein Anstellen ländlicher Arbeiterinnen in städtischen Betrieben!

Kein Verkauf von Militärpferden.

Zwecks Richtigstellung vielfach verbreiteter irriger Auffassungen wird uns mitgeteilt, daß ein Verkauf dienstunbrauchbarer Dienst- oder Beutepferde durch militärische Dienststellen überhaupt nicht stattfindet. Diese Pferde werden ausnahmslos durch die Landwirtschaftskammern verkauft. Andere Pferde als die für militärische Zwecke nicht mehr geeigneten, werden von keiner militärischen Dienststelle weder gegen Entgelt, noch unentgeltlich als Eigentum an Privatpersonen abgegeben. Gesuche dieser Art an die Militärbehörden sind daher aussichtslos, denn sie können nicht berücksichtigt werden.

Merseburg. Lodenerkrankungen sind in zwei Fällen in Nachbargemeinden vorgekommen. Zur Beunruhigung liegt kein Grund vor, zumal die Kreisbehörde zwecks Verhinderung der Weiterverbreitung der Seuche sofort alle Vorsichtsmaßnahmen getroffen hat.

— Der Kreisausschuß bewilligte 2000 Mark für das Projekt der Saalekanalisierung und beschloß ferner die Aufnahme einer Anleihe von 2 500 000 Mark für Unterstützungszwecke. Der Kreistag wird über die beiden Vorlagen noch endgültig zu beschließen haben.

— Ausgabe von Bücklingen. Von heute, Dienstag, ab werden an die Inhaber der Lebensmittelkarten Nr. 2801 bis 10 000 in den Geschäften Bücklinge ausgegeben, und zwar entfallen auf den Haushalt entweder 3 große Bücklinge zum Preise von 33 Pf. für das Stück oder 5 kleine Bücklinge zum Preise von 15 Pf. für das Stück.

Bitterfeld. Einbruchsdiebstahl. Es ist hier in einem Hotel ein Einbruchsdiebstahl verübt worden. Gestohlen sind hierbei 62 Mk. bares Geld, je eine Zigarettentasche, Messer mit Futteral und Fingerring. Als Täter kommt ein junger Mann im Alter von 17—18 Jahren in Betracht. Er ist zur fraglichen Zeit beim Verlassen des Grundstücks beobachtet worden. Derselbe war 158—160 Zentimeter groß, mittlerer Statur und bekleidet mit grauem abgetragenen Jackettanzug.

Delitzsch. Die Musterung der Dienstunbrauchbaren findet im Aushebungsbezirk Delitzsch am Donnerstag, dem 22. März, am Freitag, dem 23. März, und am Sonnabend, dem 24. März 1917, von 8 Uhr vormittags an im Schützenhause zu Delitzsch statt. Die Beorderung der zur Gestellung verpflichteten Dienstuntauglichen erfolgt durch Gestellungsbefehle. Jeder Wehrpflichtige hat den Gestellungsbefehl und die Militärpapiere mitzubringen. Die in der Landwirtschaft und Kriegsindustrie beschäftigten Dienstuntauglichen, sowie alle bei Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden festangestellten Beamten sind von der Musterung befreit.

Torgau. Aufgehobene Verurteilung eines Gefangenenaufsehers. Vom Landgericht Torgau ist am 12. Dezember v. J. der Kasernenwärter Friedrich Zeese wegen passiver Bestechung und Uebertretung einer Verordnung des Generalkommandos in Magdeburg zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die Kaserne in Torgau dient während des Krieges als Gefangenlager für französische Offiziere. Der Angeklagte war dort als Wärter angestellt und hatte verschiedene mechanische Arbeiten zu verrichten, wie Reinigen der Lampen, Herausgeben von Petroleum, Hilfeleistung bei Bädern usw. Seine Stellung war als eine rein bürgerliche anzusehen. Der Bestechung soll er sich nun dadurch schuldig gemacht haben, daß er mehrmals französischen Offizieren Banknoten, über höhere Frankbeträge lautend, in deutsches Geld umgewechselt hat, wofür er kleine Vergütungen, die nicht näher festzustellen waren, angenommen hat. Außerdem soll er sich dadurch gegen die erwähnte militärische Verordnung vergangen haben, welche den Verkehr mit den Gefangenen verbietet. In seiner Revision bestritt der Angeklagte, sich strafbar gemacht zu haben, da ihm von seinem Vorgesetzten, dem Kaserneninspektor, ein höflicher Verkehr mit den Gefangenen zur Pflicht gemacht war, er also den Verkehr mit den Offizieren nicht für verboten halten konnte. Der Reichsanwalt erklärte die Revision für begründet, da die Feststellungen für eine Verurteilung nicht ausreichten. Nach der Aufzählung der Pflichten, die der Angeklagte hatte, müsse angenommen werden, daß das Geldwechseln außerhalb der Amtspflicht gelegen habe. Wenn das Gericht in dem Verkehr mit den Offizieren eine Verletzung der Amtspflicht erblicke, so sei zu bemerken, daß die Verordnung ungültig sei, da sie nicht den Voraussetzungen des Belagerungszustandsgesetzes entspricht. Das Reichsgericht hob im Einverständnis mit diesen Ausführungen gestern das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück.

Dommitzsch. Aus der Stadtverordnetensitzung. Recht günstig ist der Abschluß der hiesigen städtischen Forstkassenrechnung für 1915/16 ausgefallen. Es wurde aus der Bewirtschaftung des städtischen Forstes Labaum im Wirtschaftsjahr 1915/16 ein Ueberschuß von 18 903,20 Mk. erzielt, der im Interesse der Stadt verwendet wurde. Zum ersten Male seit Gründung der städtischen Sparkasse konnte auch, nachdem der Reservefonds die satzungsgemäße Höhe erreicht hatte (5 Proz. sämtlicher Spareinlagen) die Hälfte des erzielten Reingewinns pro 1916, welcher im ganzen 5699 Mk. beträgt, mit 2849 Mk. zu kommunalen Zwecken verwendet werden, und zwar zur teilweisen Tilgung der Pflasterungs- und Verbreiterungskosten der Leipziger Straße in Höhe von 40 000 Mark. Zwecks besserer und einheitlicherer Verteilung von Lebensmitteln aller Art, die vom Kommunalverband Torgau der Stadt überwiesen worden, beschloß die Stadtverordnetenversammlung, sogenannte Lebensmittelkarten einzuführen. Gleichzeitig ist eine Kommission, bestehend aus drei Stadtverordneten gebildet worden, der die Kontrolle der Verteilung dieser Lebensmittel obliegt.

Gewerkschaftliches.

Sieg der amerikanischen Eisenbahner.

Neuyork, 19. März. (W. T. B.) Das Uebereinkommen, durch das der Eisenbahnerstreik verhindert wird, wurde heute früh von den Leitern der Bahnen und den Führern der Eisenbahner-Verbände unterzeichnet. Es bewilligt den Arbeitern den Achtstundentag und Bezahlung von Ueberzeit zum Mindestsatze von 1½ des Tagelohnes für die Stunde.

Allerlei.

Folgenschwere Grubenexplosion.

Auf Zeche Enscher bei Essen platzte ein unter Tage angebrachter Luftkessel. Fünf Bergleute wurden durch umherfliegende Splitter tödlich, vier schwer und vier leicht verletzt. Ein Schwerverletzter ist nachträglich gestorben.

Furchtbare Familientragödie. In Chemnitz vergiftete die 31 Jahre alte Zimmermannsfrau Berta Buschbeck durch Gas ihre drei Kinder im Alter von 11, 5 und ¾ Jahren und erhängte sich selbst.

Allgemeiner Konsum-Verein für Halle und Umgegend,

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Donnerstag, den 29. März 1917, abends 8 Uhr im „Volkspark", Burgstraße:

:: General-Versammlung. ::

Tagesordnung:

1. Halbjahrsbericht über das Geschäftsjahr 1916/17.
2. Beschlußfassung über Aufnahme einer Hypothek.
3. Anträge der Mitglieder.

4523

Der Aufsichtsrat: F. Hoffmann. A. Göbel.

Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitglieds-Buches.

Schmücken Sie Ihren Hut mit meinen

echten Straussfedern

Der reizende einzig feine Damenhutputz, Sommer u. Winter immer modern, fertig zum Selbstaufstecken. [*1688

Ich liefere unter Nachnahme in Tiefschwarz und Schneeweiss

Länge ca. 36 cm, Breite ca. 13 cm, zu 1.75
„ „ 39 „ „ „ 14 „ „ 3.00
„ „ 45 „ „ „ 16 „ „ 5.00

Zurücknahme nach 8tägiger Probe!

Pracht-Katalog in künstlerischer Ausführung, grösste Auswahl in Straußfedern, Straußfedern-Kränze u. Reiher, sehr lehrreich, von großem Werte für alle Damen, versende ohne Kaufzwang an jedermann umsonst und postfrei.

Ernst Lange, Straussfedern-Spezialhaus, **Düsseldorf,** Arnoldstr. 21 a.

Kein Ladengeschäft. Versand direkt an Private!

Viele Auszeichnungen hoher Herrschaften

Moden-Zeitungen in grosser Auswahl.

Volksbuchhandlung Halle a. Saale, Harz 42/44.

Amtliche Bekanntmachungen.

Städtischer Eierverkauf.

Städtischer Eierverkauf in der Talamtschule: Mittwoch den 21. März 1917.

Zum Kauf berechtigen die Nummern der Lebensmittelscheine 1—6000, und zwar von 8—12 Uhr vormittags die Nummern 1—3000, von 2—6 Uhr nachmittags die Nummern 3001 bis 6000. Für den Kopf des Haushaltes werden zwei Eier abgegeben zum Preise von 34 Pfennig für das Stück.

Der Lebensmittelschein ist vorzulegen.

Zur Beschleunigung der Abfertigung wolle man **abgezähltes Geld (vor allem Kupfergeld) bereithalten!**

Umtausch nur innerhalb drei Tagen.

Halle, den 20. März 1917. **Der Magistrat.**

Die Inhaber von Apotheken und Drogengeschäften dürfen auf Grund des § 1 der Verordnung des Magistrats vom 10. Oktober 1916 **an jeden Haushalt im Monat März nicht mehr als ein Briefchen Süßstoff (sogenannte H-Packung) zum Preise von 25 Pf. abgeben.**

Die Abgabe eines zweiten Briefchens Saccharin unterliegt dem Erlaß einer besonderen Bekanntmachung.

Halle, den 20. März 1917. **Der Magistrat.**

Es wird wiederholt darauf hingewiesen, **daß der öffentliche Verkauf in der Talamtschule wochentags (außer Sonnabends) von 8—12 Uhr vormittags und von 2—6 Uhr nachmittags und am Sonnabend von 8—1 Uhr vormittags stattfindet.**

Halle, den 20. März 1917. **Der Magistrat.**

Die Bezugsberechtigung zum Empfang von Bücklingen wird auf die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 20001—35 000 ausgedehnt.

Im übrigen bleibt es bei unserer Bekanntmachung vom 19. März 1917 bestehen.

Halle, den 20. März 1917. **Der Magistrat.**

Allg. Konsumverein für Löbejün und Umg.

eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpfl.

Mittwoch, 28. März 1917, abends 8 Uhr in der „Guten Quelle"

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Halbjahresbericht.
2. Bericht der stattgefundenen Revision.
3. Wahl von zwei Ersatzmännern als Vorstandsmitglieder.
4. Wahl von drei Aufsichtsratsmitgliedern und drei Ersatzmännern.
5. Vereins-Angelegenheiten. *1689

Der Aufsichtsrat: Karl Meuser, Vorsitzender.

Hasen- u. Kaninfelle, Rosshaare, Pelzabfälle kaufen zu höchsten Preisen **Rost & Goedecke,** Mansfelderstr. 29, Hof. 4506

Ernst Haeckel Volksausgabe. Preis 1 M. empfiehlt **Volks-Buchhandlung.**

Kleider- und Kostümstoffe jeder Art 4515 kaufen Sie stets preiswert im Kaufhaus **H. Elkan,** Leipzigerstraße 87.

Ansichts-Postkarten empfiehlt die Volksbuchhandlung.

Ein älterer, zuverlässiger Mann für Hausarbeit gesucht. 4521 **Burgstrasse 27.**

Vereins-Anzeiger zur Veröffentlichung periodisch wiederkehrender **Veranstaltungen** der geselligen, politischen und wirtschaftlichen Vereine im Verbreitungsbezirk.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag. Jahresbeitrag 5 Mark jede Zeile.

Halle (Saale).

Arbeiter-Sänger-Chor. Freitag den 23. März 1917, pünktlich abends 9 Uhr, im Volkspark: **Singestunde.**

Frauen- u. Mädchenchor. Jeden Mittwoch um 8½ Uhr im Volkspark: Singestunde.

Turnverein „Fichte" Turnstunden: Turnhalle Oberrealschule, Eing. Staudtestraße. Männer-Abteilung: Dienstag und Freitag, abends 8—10 Uhr. Turnerinnen-Abteilung: Mittwoch, abends 8—10 Uhr.

Touristen-Ver. „Naturfreunde." Donnerstag den 22. März: Zusammenkunft im Volkspark. Sonntag den 25. März: Tagestour nach Sandersleben, Hettstedt. Abfahrt: 4³³ vom Hauptbahnhof. Kosten: 1.90 M. Führer: E. Keil.

Schnell-Schönschreiben von jedermann i. wenigen Stunden **ohne Lehrer zu erlernen.** Preis 80 Pfg. **Volksbuchhandlung Halle** Halle a. d. S., Harz 42/44.

Arbeitsmarkt

*1694 **Ofen- und Ziegelei-Arbeiter** gesucht. Trotha-Sennewitzer-Aktien-Ziegelei in Sennewitz b. Halle.

Steinsetzer u. Rammer für dauernde Arbeit [*1692 nach Bitterfeld **gesucht. R. Niemann,** Steinsetzmeister, Dessau, Leipzigerstraße 58.

Kräftiger Laufbursche, Radfahrer, b. gutem Lohn gesucht. 4524 **Müller & Co.,** Brüderstr. 55.

Maurer, Arbeiter und Arbeiterinnen werden auf 4519 **Baustelle Leunawerke bei Merseburg** eingestellt. **Carl Lingesleben,** Baugeschäft, **Baubureau Leunawerke.**

Bekanntmachung.

Durch Bekanntmachung Nr. L. 1/3. 17. KRA. vom heutigen Tage habe ich Höchstpreise für Eichenrinde, Fichtenrinde und zur Gerbstoffgewinnung geeignetes Kastanienholz festgesetzt.

Die Bekanntmachung ist in den amtlichen Zeitungen und in ortsüblicher Weise veröffentlicht worden.

Magdeburg, den 20. März 1917.

Der stellvertretende Kommandierende General des IV. Armeekorps:

Frhr. v. Lyncker,

General der Infanterie à la suite des Luftschiffer-Bataillons Nr. 2. *1690

Bekanntmachung.

Die im Befehl vom 4. 12. 16 I. Nr. 14 430 zusätzlich befohlene Bestimmung betr. Verpflichtung der polnischen Arbeiter zum Abschluß eines Vertrages wird aufgehoben.

Die Bestimmungen der Befehle vom 27. 10. 15. vom 15. 10. 16 und vom 17. 11. 1916 bleiben unberührt.

Magdeburg, den 15. März 1917.

Der stellvertretende Kommandierende General des IV. Armeekorps:

Frhr. von Lyncker,

General der Infanterie à la suite des Luftschiffer-Bataillons Nr. 2. *1691

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170320-19/fragment/page=0006